

TEILHABE FÜR ALLE! DA, WO WIR LEBEN.

Konzepte, Strategien und Aktionen zu Urban Citizenship, zu Solidarischen Städten und gleichen Rechten für alle. Der Leitfaden zur Tour de Lorraine 18. bis 20. Januar 2018 in Bern. neubauen umbauen renovieren



Tel. 031 333 07 07 www.variumbau.ch mail@variumbau.ch

Wir sind seit 50 Jahren in der Lorraine zu Hause. in der

Baumeister- und Kundenmaurerarbeiten | Platten- und Terrazzoarbeiten | Schimmel- und Asbestsanierungen | Gebäudeuntersuchungen | Radonuntersuchungen | Pflästerungen und Trockenmauern | Lehmbau und Baubiologie | Bauberatung | Bauleitung



varium bau ag

Dammweg 41

3013 Bern

«Macht es Dich nicht auch wütend, in einem Kanton zu leben, der über 165'000 Menschen ohne Schweizer Pass keine politischen Rechte gewähren will und den Gemeinden verbietet, das kommunale Ausländer*innenstimmrecht einzuführen?»

info@al-be.ch www.al-be.ch PC 60-35951-9





Junge gruene

ieunes vert-e-s

gıovanı verdi

Die Jungen Grünen setzen sich ein für gleiche Rechte für alle! Auf der Strasse und mit Ihrer Unterstützung auch im Parlament: jungewaehlen.ch





Kleider aus fairem Handel! Wir achten bei der Auswahl der Produkte und Marken auf die Zertifizierung durch den internationalen GOTS Standard (Global Organic Textile Standard), das den ökologischen Anbau der Rohstoffe, die Sozialstandards sowie eine umweltschonende und schadstofffreie Weiterverarbeitung der Textilien kontrolliert. Weiter garantieren Zertifikate der Fair Wear Foundation und Fairtrade International die Sozialstandards der Produktionen und gewährleisten somit Transparenz für uns und unsere Kunden.





www.nordringfairfashion.ch

Lorrainestrasse 4, 3013 Bern Mo-Fr 10-12.30h/14-18.30h Sa 10-16h



augenauf <

Menschenrechts-Organisation gegen Repression und Schickane

Danke für eine Spende!

augenauf.ch | PC 46-186462-9

Stefan Geissbühler Unabhängige Vorsorge beratung

Holzikofenweg 22 3001 Bern Telefon 031 378 10 25

Telefon 031 378 10 25 unabhaengig@vorsorgen.ch www.vorsorgen.ch

Beratung zu allen Fragen der Vorsorge und Versicherung.



Gleiche Rechte für alle - überall

SOLIFONDS.CH



GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS

halbzeit

Beundenfeldstr. 13 3013 Bern www.halbzeit.ch INTRO NR. 26 / JANUAR 018 | ANTIDOT INCL.

EDITORIAL

Passend zum Start ins neue Jahr erscheint die 26. Ausgabe des antidot inclu, inklusive Programmheft zur Tour de Lorraine in Bern. Die Tour de Lorraine umfasst 2018 neben der legendären Konzert- und Partynacht auch ein Politfestival, das in Zusammenarbeit mit dem «netzwer migrationscharta.ch» und der Aktivist*innenplattform «Wir alle sind Bern» vorbereitet und umgesetzt wird.

Wer gesellschaftliche Utopien sucht oder Ansätze, die den grossen Fragen von Macht, Herrschaft und Ausbeutung nachgehen, mag von Debatten unter dem Oberbegriff Stadtbürger*innenschaft mitunter enttäuscht sein. Denn hierbei stehen vielfach innovative stadtpolitische Instrumente im Vordergrund, die entwickelt werden, um Anerkennung, Rechte und Ressourcen anders zu verteilen. Eine kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse, wie sie Recht-auf-Stadt-Bewegungen zugrunde liegt, $ist nicht unbedingt Basis von Diskussionen \, und \, Projekten \,$ von Stadtbürger*innenschaft. Zur weiteren Ausformulierung einer Kritik holt der Text «Urban Citizenship mit neoliberalem Nachgeschmack» (S. 10/11) aus. Die angestossenen Debatten um die Stadtbürger*innenschaft knüpfen häufig auch an bürgerlich-liberale Diskurse an. Auf diese Weise können verschiedene Akteur*innen zusammenkommen, von radikaleren Linken, fortschrittlichen Stadtpolitiker*innen bis hin zu Vertreter*innen lokaler Verwaltungen. Hier können breite Bündnisse aufgebaut und solidarische Projekte praktisch umgesetzt werden. Eine generelle Stärke von Ansätzen der Stadtbürger*innenschaft, die in mehreren Artikeln im Heft benannt wird, ist die Perspektivenverschiebung

auf das Thema Migration: die Sicht von Migration nicht als Problem, sondern als eine Tatsache («Wenn die Stadt für alle da ist» S. 6; «Die ganze Welt in einer Stadt» S. 34). Aufgrund dieser Verschiebung gelangen andere Fragen in den Fokus, nämlich jene nach (materiellen) Ungleichheiten innerhalb der Stadtbevölkerung sowie jene nach den strukturellen Bedingungen für Teilhabe am und Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben («Unrecht im Land der direkten Demokratie» S. 29; «Auf Augenhöhe mit Geflüchteten?» S. 30).

In einem Beitrag für den englischsprachigen Blog Refugee History führt die britische Historikerin Lyndsey Stonebridge aus, weshalb Migration eine neue Diskussion über das Rechtauf Teilhabe und Bürger*innenschaft auslöst: «Wenn wir uns in einer Flüchtlingskrise befinden», so Stonebridge, «dann befinden wir uns ebenso in einer politischen, existenziellen und moralischen Krise, in der wir uns die Frage stellen müssen, was ein Land ausmacht und wer dessen Bürgerinnen und Bürger eigentlich sind.» Wer ein Recht auf Teilhabe fordern muss, dem wird dieses Recht nicht automatisch zugestanden. Entsprechend geht es in diesem Heft sehr stark um die Rechte und Handlungsmacht von Menschen ohne Schweizer Pass oder ohne Aufenthaltsgenehmigung. Das Recht auf Teilhabe wird aber auch viel zu oft marginalisierten Menschen, wie Suchtkranken, Mittellosen und Obdachlosen, aberkannt.

Der Slogan «Teilhabe für alle! Da, wo wir leben» ist Thema und Forderung zugleich. Wir hoffen, dass die Texte Diskussionen anregen und Lust auf mehr wecken. Kommt zu den Workshops! Wir sehen uns im Januar!

das Redaktionskollektiv

ANTIDOT-INCLU: DAS FORMAT FÜR DIE WIDERSTÄNDIGE LINKE

antidot-inclu erscheint unregelmässig und wird der Wochenzeitung WOZ beigelegt. Herausgegeben wird antidot-inclu von einem von der WOZ unabhängigen Verein, der der wiederständigen Linken die Möglichkeit bietet, ihre Inhalte und Kampagnen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Mehr dazu unter: antidotincl.ch

IMPRESSUM:

Herausgeber: Verein Tour de Lorraine Redaktion: David Böhner, Rebecka Domig, Tom Hänsel, Ellen Höhne Bildstrecke: Charles Leval, levalet.xyz Layout: Tom Hänsel, tintenfrisch.net Coveridee: Paolo Riva, paoloriva.ch Korrektorat: Sandra Ryf, varianten.ch Druck: Ringier Print Adligenswil AG Auflage: 24000 Ex.

Alle Texte in diesem Heft stehen unter der «Attribution Share Alike»-Lizenz von Creative Commons.

Mit einer Spende helfen Sie, die Kosten dieser Zeitung zu decken, und unterstützen den Verein Tour de Lorraine. Spendenkonto: 60-614796-1, Tour de Lorraine, 3000 Bern

REALE UTOPIEN

oder ein Plädoyer für eine Solidarische Stadt

Was haben New York, Toronto, Palermo, Barcelona und Sheffield gemeinsam? Sie alle sind Sanctuary und Solidarity Cities, die der nationalen Einwanderungspolitik die Stirn bieten und eine Alternative in Zeiten zunehmender Nationalisierung darstellen.

ei den sogenannten Solidarity und Sanctuary Cities, den Zufluchts- und Solidarischen Städten, handelt es sich um Orte, deren Einwohner*innen und/oder Institutionen beschlossen haben, dass der Aufenthaltsstatus von Personen, die in der Stadt leben, egal sein muss, und daher einen politischen Wandel anstrengen. Sie werden oft als reale Utopien gefeiert, weil sie praktisch versuchen, eigentliche Grundrechte umzusetzen. So heisst es z. B. in der Charta von Palermo: «Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wird, ausgesucht oder sucht diesen aus; jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen.» Diese Idee klingt neu – und ist es ganz und gar nicht. Selbst in der Bibel werden Städte der Zuflucht erwähnt, die damals Menschen vor allem Schutz vor Blutrache bieten sollten. Verwegen und rebellisch wirkt das Konzept sicherlich – vor allem aber stellt es eine praktische Antwort auf sich verschärfende Widersprüche einer zunehmend mobilen Welt dar.

NATIONALGRENZEN, DIE SICH «UM MENSCHEN» ZIEHEN

Das Phänomen der Globalisierung sorgt für eine zunehmend vernetzte Welt. Weltweit sind immer mehr Menschen mobil – aus verschiedensten Gründen. In den Städten konzentriert sich diese Tendenz und sorgt dafür, dass ein grösser werdender Teil der Einwohner*innen keinen einheimischen Pass besitzt. Menschen ohne die jeweils nationale Staatsbürgerschaft machen in Zürich und Berlin 31% der Bewohner*innen aus, in Wien sind es rund 28%. Diese Menschen haben ganz verschiedene Aufenthaltstitel, die jeweils verschiedene Rechtslagen dar $stellen\,und\,dam it\,unterschiedliche\,Zug \ddot{a}ng e\,zu\,Rechten$ und Dienstleistungen gewährleisten. Diese Regelungen können sich mitunter auch ändern. Das verkompliziert die Lage in den städtischen Institutionen und stellt die Verwaltung in der Organisation des Zusammenlebens vor schwierige Aufgaben. Hinzu kommt eine schwankende und schwer zu ermittelnde Anzahl an Menschen, die von den Behörden nicht registriert werden. Sogenannte «Illegale» haben keine verrechtlichte Grundlage ihres $Aufenthalts, sind aber Teil jeder st\"{a}dt is chen Gesellschaft.$ Sie stehen häufig in Lohnarbeitsverhältnissen und innerhalb von familiären Zusammenhängen. Diese Menschen haben sehr unterschiedliche Gründe dafür, weshalb sie trotz mangelnder Aufenthaltsgenehmigung in den jeweiligen Ländern bleiben – alle müssen aber jeglichen Behördenkontakt vermeiden und «unsichtbar werden». Das fängt bei Fahrkartenkontrollen an, geht über Bildungsangebote bis hin zum medizinischen Notfall: Nach einem Unfall oder gar als Opfer eines Gewaltverbrechens ärztliche oder polizeiliche Hilfe zu holen, stellt ein unkalkulierbar hohes Risiko für diese Personengruppe dar. Aus

berechtigter Angst vor Abschiebung und Strafen halten sich «Sans-Papiers» versteckt, werden dadurch sozial sehr verletzlich und leicht auszubeuten. Aufgabe der Städte und Gemeinden ist es allerdings, ein friedliches Zusammenleben zum Wohle aller ihrer Bewohner*innen zu or $gan is ieren: \verb§«Die Gemeinde f\"{o}rdert in b\"{u}rgerschaftlicher$ Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner und erfüllt die ihr von Land und Bund zugewiesenen Aufgaben».¹Wie aus dem Zitat hervorgeht, ist hier gar keine Rede von Staatsbürgerschaft oder verschiedenen Zugehörigkeiten. Einwohnerschaft und Staatsbürgerschaft gelten nicht synonym, denn Einwanderung und deren Kontrolle fällt nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinden, sondern in den des Staates. In der Praxis aber sind die Ebenen nur schwer voneinander zu trennen. Wo Zugehörigkeit und Rechte vor allem über Staatsbürgerschaft vergeben und formuliert werden, ziehen sich Nationalgrenzen nicht nur um Territorien, sondern auch «um Menschen», die sich in «fremden Territorien» aufhalten. Die Grenzen ziehen sich um «Ausländer» sprichwörtlich herum. Obwohl im Kommunalrecht anders festgehalten, spielt der Aufenthaltsstatus ständig eine Rolle; sei es bei städtischen Dienstleistungen, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Bildung oder der Wohnungssuche. Selbst die Wahl kommunaler Vertreter*innen darf meist ausschliesslich von Menschen mit einheimischem Pass getätigt werden.

ILLEGALISIERUNG UND AUSSCHLUSS SIND KEINE LÖSUNGEN

Von diesem Widerspruch ausgehend haben über 200 Städte, Staaten und Verwaltungskreise in den USA und über 10 in Kanada vor einigen Jahren angefangen, nicht mehr zwischen ihrer de facto (der tatsächlichen) und ihrer de jure (der verrechtlichten) Bevölkerung zu unterscheiden. Dienste der Stadtverwaltung, Zugang zu Polizei, Ärzt*innen, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen werden allen Menschen erteilt, die nachweisen können, dass sie in der jeweiligen Stadt wohnen. Einige Städte, wie z.B. New York oder New Haven (Connecticut) haben dafür eigens eine City ID eingeführt als Dokument, das innerhalb der Stadt als Ausweis gilt und unabhängig vom rechtlichen Status der Person ausgegeben wird. Die Städte geben an, so ihrer eigentlichen Aufgabe der Gestaltung des alltäglichen Zusammenlebens erst nachkommen zu können, und konstatieren, dass Illegalisierung und Ausschluss von Personen nicht die Lösung, sondern das eigentliche Problem sei: «Alle Einwohner*innen einer Stadt profitieren davon, wenn sozialer Zusammenhang praktiziert wird – wenn auch Menschen mit prekärem Aufenthaltstitel aktiv in die Gemeinschaft integriert werden, arbeiten, wohnen, sich bilden und versorgen und damit ein normales Leben führen können.»² Sogenannte Solidarity und Sanctuary Cities machen aus pragmatischen Gründen Migration und Integration zu ihrer Aufgabe, indem der

rechtliche Status ihrer Einwohner*innen aktiv ignoriert wird. Dass das Konzept aufgeht, beweisen neuere Studien aus den USA. Sie zeigen, dass das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Gesamtbevölkerung einer Stadt steigt und die Kriminalität sinkt, wo Politiken dieser Art praktiziert werden.³

AUF STÄDTISCHER EBENE

Der Wandel findet nicht zufällig auf lokaler Ebene statt, sondern trägt dem Umstand Rechnung, dass seit vielen Jahren zivilgesellschaftliches Engagement häufig an die Stelle von behördlichem tritt. Wo die Institutionen oftmals keine Leistungen erteilen oder erteilen können, springen ehrenamtliche Verbände und Privatpersonen ein, weil die Leistungen ja trotzdem gebraucht werden; sei es bei der Erteilung von Sprachkursen, Kinderbetreuung $oder \, der \, medizinischen \, Versorgung \, von \, Migrant^*innen.$ Mit der verstärkten Zuwanderung der letzten Jahre haben sich auch zahlreiche neue Verbände gegründet, die für das Wohl der neuen Mitbürger*innen eintreten. Das stärkt die Zivilgesellschaft und ihr Verantwortungsbewusstsein gegenüber Migrant*innen. In vielen Städten sind Plattformen und Netzwerke entstanden, die sich effektiv in weitreichende Belange der Versorgung und Integration von Migrant*innen, aber auch gegen deren Abschiebungen einsetzen und so für einen würdigen und gerechten Umgang auf Basis von Menschenrechten statt Bürgerrechten einstehen. Das bietet die Grundlage für das Entstehen von Bewegungen, die mächtig genug sind, $einen\,Wandel\,anzustrengen, sodass\,lokale\,Verwaltungen$ dieses zivilgesellschaftliche Engagement nicht nur anerkennen, sondern übernehmen und fördern. In Solidarity $und\,Sanctuary\,Cities\,gehen\,zivilge sells chaftliches\,Enga$ gement und die Arbeit städtischer Verwaltungen Hand in Hand. Offizielle Stellen der Stadt bekennen sich zu dieser Arbeit, finanzieren, unterstützen und organisieren sie.

MOTOREN REBELLISCHER STÄDTE

Genau wie in den USA, wo Bürger*innenrechtsverbände und kommunale Arbeiter*innenzentren neben Kirchenvertreter*innen für den Wandel einstehen, kommt auch in Europa die Veränderung «von unten», das heisst aus der Bevölkerung. In einigen Städten der USA, Kanadas und Grossbritanniens, wie auch Spaniens und Italiens haben $sich eine \, aktive \, Zivilbev\"{o}lkerung \, und \, deren \, Forderungen$ bereits in die kommunalen Verwaltungsebenen und deren Politik eingeschrieben. Wie die Bewegung und deren Implementierung in die städtische Politik aussehen, hängt ausser vom rechtlichen Rahmen des jeweiligen Landes bzw. der Gemeindeverordnung auch stark von den lokalen politischen Rahmenbedingungen ab. Die Variationen des Konzepts sind breit und umfassen sehr verschiedene Bereiche: Mal ist die Polizei Hauptträgerin des Konzepts, mal sind es Arbeitnehmer*innenverbände, Kulturvereine oder die Verwaltung der Stadt; stets kommt es darauf an, was die lokale Agenda fordert und was erkämpft werden kann. Gemeinsam ist allen, dass ein Wandel angestrebt wird, der den Anforderungen einer zunehmend mobilen und heterogenen Bevölkerung entspricht. Genauso wichtig ist aber auch das Schaffen einer Gegenöffentlichkeit zum gegenwärtigen Rechtsruck in Europa, in der Migration nicht als Bedrohung, sondern als Tatsache wahrgenommen und produktiv umgesetzt wird. Anstatt sich der Abschottungspolitik der Nationalstaaten unterzuordnenoder sich gar an ihr zu beteiligen, ergreifen Städte und Kommunen das Kommando und gestalten tatsächlich $\ \ \, \text{$\text{win}$ b\"{u}rgers chaft licher Selbstverwaltung das gemeins a me} \\$ Wohl ihrer Einwohner».



Mehr Infos und aktuelle Entwicklungen: solidarity-city.eu

Autorin:

Janika Kuge ist Aktivistin für ein Recht auf Rechte und promoviert in Freiburg zum Thema Sanctuary Cities. 1) Quelle: Gemeindeordnung Baden-Württemberg, § 1 Satz 2. Das Gesetz lautet überall relativ ähnlich weshalb es exemplarisch für die Regelung von kommunalen Belangen stehen kann.
2) Vgl. Informationsblatt «Netzwerk Solidarity City» des deutsch-schweizerischen Netzwerks.
3) Vgl. Tom K. Wong, «The Effect of Sanctuary Policies on Crime and the Economy», Center for American Progress, 26.01.2017

WENN DIE STADT FUR ALLE DA IST.

Zum Beispiel in New York: Seit die Grossstadt im Jahr 2015 die Identifikationskarte IDNYC eingeführt hat, werden Möglichkeiten und Risiken des städtischen Ausweisdokuments für die Inklusion von Migrant*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus reflektiert.

m 12. Januar 2015 lancierte Bürgermeister Bill de Blasio in New York die städtische Identifikationskarte «The New York City Identification Card», kurz IDNYC. Sie kann von allen Einwohner*innen New Yorks unter Vorweis diverser Belege beantragt werden. Zur Identifikation werden neben dem amerikanischen auch ausländische Pässe oder Führerscheine, Geburtsurkunden oder Schülerausweise akzeptiert. Um den Aufenthalt in New York zu belegen, können auch Gas-, Wasser- oder Stromrechnungen oder zum Beispiel ein Schreiben von einer Unterkunft für Obdachlose eingereicht werden.

Die IDNYC erleichtert den Zugang zu verschiedenen staatlichen sowie privaten Dienstleistungen, die eine Identifikation erfordern. Sie dient als Bibliotheksausweis und ermöglicht der Besitzer*in den kostenfreien oder vergünstigten Besuch diverser kultureller Einrichtungen. Die IDNYC verschafft Zutritt zu staatlichen Institutionen, insbesondere auch zu staatlichen Schulen. Weiterhin wird sie von mehreren Finanzinstituten zur Eröffnung eines Kontos anerkannt. Auch gegenüber der Polizei von New York City kann man sich mit der IDNYC ausweisen. Die Lancierung der IDNYC soll allen Personen, welche in New York leben, den Alltag erleichtern. Der besondere Fokus liegt dabei auf jenen, die aufgrund feh $lender\,g\"{u}ltiger\,Identifik at ionspapiere\,bisher\,keinen\,oder$ nur erschwerten Zugang zu den genannten Dienstleistungen und Ressourcen hatten. Die Zahl der Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere wird in der Stadt New York auf eine halbe Million Menschen geschätzt.

IDNYC ALS SICHERHEITSPOLITISCHES INSTRUMENT

Einen Ausweis auf sich zu tragen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, hat im alltäglichen Leben von undokumentierten Migrant*innen tatsächlich viele Vorteile. Dennoch müssen in der Diskussion um Urban Citizenship auch andere Aspekte von städtischen Identitätskarten beleuchtet werden. So ist die IDNYC auch als sicherheitspolitisches Instrument der Regierung von New York City zur Kontrolle und Disziplinierung der Bevölkerung zu verstehen. Die Akzeptanz der IDNYC durch die Polizei verleiht Betroffenen einen erweiterten Zugang zu Rechten und rechtsstaatlichen Mitteln und ermöglicht es den Betroffenen, sich frei in der Stadt zu bewegen, ohne dass polizeiliche Kontrollen eine Gefahr darstellen. Dies steht auf den ersten Blick im Widerspruch zum nationalstaatlichen Interesse, undokumentierte Migrant*innen aufzugreifen und auszuweisen. Derselbe Staat verfügt allerdings gar nicht über die Kapazitäten, all diese Personen auszuweisen, und er ist mit einer Wirtschaft verflochten, die auf die Arbeitskraft dieser Personen angewiesen ist. Unter diesem Aspekt betrachtet kann die IDNYC auch als Resultat einer erfolgreichen und realitätsbezogenen Sicherheitspolitik interpretiert werden, die solche Personen kontrollieren und in rechtsstaatliche Prozesse einbinden will. Dazu kommt, dass die vorgewiesenen Dokumente der New Yorker*innen, welche eine IDNYC beantragen, in eine Datenbank eingespeist werden. Derzeit werden die erfassten Daten für zwei Jahre abgespeichert, ohne dass die Polizei Zugriff darauf hat. Die langfristigen Konsequenzen dieser Datenerfassung sind unbekannt.

GEMEINSAME IDENTITÄT FINDEN

Dies zeigt: Realpolitische Formen von Urban Citizenship sind nicht einfach nur Resultate erfolgreicher Grassroots-Bemühungen, sondern solche Prozesse müssen auch als sicherheitspolitische Massnahmen und Kontrollinstrumente einer Regierung eingeordnet werden. Dennoch: Die Chancen und der entstandene Impuls, neue Wege zu gehen, $\ddot{u}berwiegen.\,Die\,Ergebnisse\,der\,Evaluation\,der\,IDNYC\,im$ Sommer 2016 zeigen, dass fast 900 000 New Yorker*innen den Ausweis nutzten. Und dies, obwohl die IDNYC zu diesem Zeitpunkt erst seit eineinhalb Jahren erhältlich war. Werden über Urban Citizenship vermehrt auch Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel rechtsstaatlich eingebunden, stellt dies eine Chance dar, die Achse einer gemein $samen\,Identit \"{a}t\,zu\,rekonfigurieren\,und\,allenfalls\,auch\,auf$ nationalstaatlicher Ebene neu mit Sinn zu erfüllen. Auch wenn die IDNYC neben viel umfassenderen Forderungen wie dem «New York Is Home Act» bei weitem nicht mehr so innovativ wirkt: Eine Stadt wie New York hat durch ihre internationale Strahlkraft das Potenzial, über nationale Grenzen hinaus einen Wandel anzustossen.

Autorin:

Helen Joss studiert Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Migration und Staatsbürgerschaft in Neuchâtel und engagiert sich im Rahmen des Projekts Speak out! für die Partizipation von jungen Sans-Papiers in unserer Gesellschaft.

Lesetipp:

Henrik Lebuhn: «Ich bin New York». Bilanz des kommunalen Personalausweises in New York City, in: Luxemburg 03/2016.

1) Der New York ist Home Act fordert nebst dem Zugang zu Dienstleistungen und der Anerkennung von alternativen Ausweispapieren durch die Polizei umfassende politische Rechte für alle. TOUR DE SUISSE NR. 26 / JANUAR 018 | ANTIDOT INCL.



WAS GEHT AB IN SCHWEIZER STADTEN?

Das Thema der Stadtbürger*innenschaft ist definitiv in der Schweiz angekommen. Von Basel bis Luzern gibt es Diskussionen dazu. Teilweise laufen Bestrebungen, eine städtische Identifikationskarte zu lancieren. Nicole Gisler hat die Tour de Suisse gemacht und Aktivist*innen und Expert*innen zu ihren Einschätzungen dazu befragt.

«DIE GANZE WELT IN ZÜRICH. KONKRETE INTERVENTIONEN IN DIE SCHWEIZER MI-GRATIONSPOLITIK»

 $Im\,Rahmen\,des\,Projekts\,mit\,dem\,gleichnamigen\,Titel\,in$ der Zürcher Shedhalle in den Jahren 2015/16 wurde das Konzept der Stadtbürger*innenschaft erstmals in der Schweiz breiter diskutiert. Im letzten Sommer folgte die Gründung des Vereins Züri City Card, an dem auch Bea Schwager von der Zürcher Sans-Papiers-Anlaufstelle beteiligt ist. Eine städtische ID würde für Sans-Papiers eine massive Erleichterung im Alltag darstellen, sagt sie. So soll die Züri City Card von der Polizei als gültiges Ausweisdokument akzeptiert werden, Personen ohne regularisierten Aufenthalt bei der Einforderung ihrer Rechte unterstützen und Teilnahmemöglichkeiten schaffen. «Neben der Abschaffung dieser ständigen Angst vor einer Kontrolle, Verhaftung und Ausschaffung soll mit der City Card auch ein diskriminierungsfreier Zugang zu städtischen Dienstleistungen garantiert werden, ein Miet- und Versicherungsvertrag abgeschlossen, ein Bankkonto eröffnet oder vergünstigter Zugang zu kulturellen Institutionen möglich werden», sagt Bea Schwager und fügtan: «Doch was für Kriterien muss man erfüllen,

um eine solche städtische ID zu erhalten? Und wie wird sichergestellt, dass diese Daten nicht an ungewünschte Stellen gelangen?» Es seien Fragen wie diese, auf die man momentan noch keine Antworten habe.

Mitte September wurde nun vorerst eine Support-Karte lanciert, mit der man sich zu einer Züri City Card bekennen kann. Bereits 1000 Karten seien schon verkauft worden, sagt Bea Schwager. Ziel ist es, dass eine Züri City Card nicht nur von Sans-Papiers, sondern möglichst von allen Zürcher*innen benutzt wird. Trotz aller Aufbruchsstimmung sieht Bea Schwager die Forderungen der Einführung einer City Card auch als Zeichen einer Ernüchterung. «Lange versuchten wir auf einer gesamtschweizerischen Ebene Verbesserungen zu erzielen. Forderungen nach einer kollektiven Regularisierung sind jedoch stets chancenlos geblieben und nach den letzten Parlamentswahlen in noch weitere Ferne gerückt», sagt sie. Und schliesslich werde auch die Härtefallregelung, die eine Regularisierung im Einzelfall prüft, äusserst restriktiv angewendet. «Aus diesem Grund richten wir uns nun an unsere städtische Politik und hoffen, hier eine politische Emanzipation anzustossen», so Bea Schwager weiter.

FRAGE DES POLITISCHEN WILLENS

Blicke er auf die Sans-Papiers-Bewegung, dann sehe er momentan zwei mögliche juristische Strategien, sagt der Rechtsanwalt Peter Nideröst, der im Verein Züri City Card aktiv ist, und konkretisiert: «Einerseits gibt es den Kampf um das Aufenthaltsrecht, wie wir es momentan bei der Operation Papyrus sehen, und andererseits das Modell Urban Citizenship oder City Card, bei dem die Lebensbedingungen der Sans-Papiers verbessert werden ohne den in vielen Fällen aussichtslos und riskanten Versuch, ein Aufenthaltsrecht zu erstreiten.» So handelt es sich bei einer City Card nicht um eine Aufenthaltsbewilligung. Vielmehr würde sich die Stadt Zürich bei der Akzeptanz einer City Card als Ausweismöglichkeit dafür entscheiden, dass innerhalb der Stadtgrenzen gar nicht mehr nach dem Aufenthaltsstatus gefragt werden darf. Da dieser also bloss ignoriert, aber nicht abgeschafft wird, könnte es folglich auch gar nicht zu einer Kollision mit dem Staatssekretariat für Migration kommen. Für Peter Nideröst ist klar: «Bei der City Card handelt es sich nicht um eine juristische Fragestellung, sondern um eine Frage des politischen Willens.» Schliesslich gebe es die Gemeindeautonomie. Wie dieser politische Spielraum aber genutzt werde, liege nun an der Zürcher Regierung. Diese rief mittlerweile eine departementsübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben, die sich mit der Einführung einer City Card beschäftigt. In diesem Zusammenhang wurde auch ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben, das sich vor allem mit dem Vorwurf von Begünstigung auseinandersetzt und auf Ende Januar 2018 erwartet wird.

«WIR ALLE SIND BERN»

Man beobachte die Geschehnisse in Zürich aufmerksam, sagt Karin Jenni von der Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers. Seit mehr als einem Jahr organisiert das Berner Netzwerk «Wir alle sind Bern» Stadtforen, bei denen Themen rund um Urban Citizenship und Teilhabe für alle diskutiert werden. Neben Gesprächen zu den Themen politischen Teilhabe sowie Wohnen gab es auch hier Diskussionen über einen städtischen Ausweis. Die Beratungsstelle initiierte dann nach einem Austausch mit Zürcher Vertreter*innen die Idee einer Berner City Card. Momentan führe man verschiedene Gespräche mit Behörden, politischen Vertreter*innen und interessierten Personen. Zudem wurde eine Liste von Bedürfnissen erarbeitet, die es nun in einem konkreten Konzept umzusetzen gelte. Vor allem vonseiten vieler Sans-Papiers bekämen sie sehr positive Rückmeldungen, sagt Karin Jenni. Klar sei aber, dass die Karte nicht nur für Sans-Papiers wäre, sondern eben für alle Personen, die ihren Lebensmittelpunkt in Bern haben. «Mit einer City Card spielen Herkunft und Aufenthaltsstatus keine Rolle mehr, vielmehr kommt es darauf an, wo du aktiv bist, wo du lebst und wo du dich zu Hause fühlst», sagt sie und fügt an: «Wünschenswert wäre es ja, wenn es eine solche Karte gar nicht bräuchte, sondern bedingungslos klar wäre, dass jeder Mensch der hier lebt, die gleichen Rechte und den gleichen Zugang zu Dienstleistungen hat und von diesen Gebrauch machen kann.»

BIEL ALS ZUFLUCHTSSTADT

Das sind Überlegungen, die auch Anna Tanner aus Biel beschäftigen. «Weshalb braucht es überhaupt einen Ausweis? Weshalb sind nicht umgekehrt alle Dienstleistungen für alle zugänglich, ohne einen Beleg vorweisen zu müssen?» Vor Kurzem nahm die Sozialarbeiterin und Stadträtin an einem von Bern und Zürich initiierten städteübergreifenden Treffen teil, bei dem es um das Konzept einer City Card ging. Aufgenommen wurde diese Idee auch in Biel. Zentral ist dabei das «Haus pour Bienne». Hier, im Herzen von Biel, findet einmal pro Monat eine offene Sitzung statt. Mit dieser soll in Zukunft ein Gefäss für verschiedene Thematiken der städtischen Partizipation geschaffen werden. Anna Tanner setzt das Thema der City Card in ein übergeordnetes Projekt der Zufluchtsstadt. Es ist dies ein weiteres Projekt, das auf eine verstärkte Städtevernetzung setzt. So fand in Biel ein Treffen im Herbst 2017 statt, bei dem mögliche zukünftige Schweizer Zufluchtsstädte verschiedene Interventionen formulierten: «Konkret geht es uns um die vermehrte Aufnahme von Flüchtenden, ein stärkeres Engagement von Urban Citizenship und das Verbot von Ausschaffungen auf städtischem Boden», sagt Anna Tanner.

KONTRAPUNKT ZUR GRASSIERENDEN SPARPOLITIK IN LUZERN

Für den Luzerner Beni Rindlisbacher geht es beim Konzept Urban Citizenship sowohl um eine City Card als auch um Themen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Verdrängung und Wohnraum. «Bei all diesen Bereichen stellen sich viele Fragen, und diese Fragen können nur $zusammen \, verhandelt \, werden \, \lq\lq, sagt \, Rindlisbacher \, und \,$ zieht dabei auch die städtische Politik in eine Verantwortung: «Mit Möglichkeiten einer Teilhabe von allen kann die Stadt Luzern einen wichtigen Kontrapunkt zur grassierenden Sparpolitik leisten und somit eine gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, die der Kanton leider aufgegeben hat.» Als man in Luzern über die Medien vom Thema Urban Citizenship erfuhr, wurde ein runder Tisch initiiert. Vertretende von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien nahmen daran teil. Angedacht wurde dabei auch eine Luzerner City Card. Ideen, die Beni Rindlisbacher auch bei der Integrationskommission der Stadt Luzern anbrachte. Trotzdem beäugt er eine städtische Identifikationskarte vorsichtig: «Ist es möglich, eine solche Karte für alle zu schaffen, oder betrifft das eine ausgewählte Gruppe, während gleichzeitig neue Ausgrenzungen geschaffen werden?», fragt er sich.

Was aus diesen Ideen entsteht und wie Stadtbürger*innenschaft in den Schweizer Städten in Zukunft umgesetzt wird, bleibt vorerst mit vielen Fragen verbunden.
Klar ist aber, dass eine Auseinandersetzung mit bestehenden Konzepten und auch mit Ansätzen aus Rechtauf-Stadt-Bewegungen Ideen zu einer Neuorganisation
von Stadt befördern. Oder mit David Harveys Worten gesagt: «Das Recht auf Stadt ist nicht einfach das Recht auf
Zugang zum bereits Existierenden – sondern das Recht,
es nach eigenen Wünschen zu gestalten.»

Lese-/Vernetzungstipp:

wirallesindbern.ch; zuericitycard.ch

Autorin:

Nicole Gisler lebt in Basel und ist als freie Journalistin tätig.

THEATERINTERVENTION NR. 26 / JANUAR 018 | ANTIDOT INCL.

HAUTVERDÄCHTIG?

TRIBUNALLEITERIN: Herr Wa Baile, bevor wir diese Befragung beenden und zu Ihrer Beschreibung kommen, haben Sie Fragen an Herrn X [Polizist]?

MOHAMED WA BAILE: Ich möchte auf dieses Wegschauen Bezug nehmen, das als Grund angegeben wurde, weshalb ich von dem Polizisten angehalten wurde: War ich der Einzige, der den Blick von Ihnen abgewandt hat, oder gab es noch andere Leute, die sich gleich verhalten haben? Und wenn ja, warum haben Sie nur mich kontrolliert, oder wurden andere auch gestoppt, die sich gleich verhalten haben?

POLIZIST: Wir kontrollieren sehr viele Personen. Auch an diesem Tag kontrollierten wir diverse andere Personen. Bezugnehmend auf den abwendenden Blick, das ist immer eine Wahrnehmung einer einzelnen Person. Meine Wahrnehmung war, dass Sie Ihren Blick abgewandt haben, weil Sie vielleicht etwas zu verbergen hatten. Dies war für mich ausschlaggebend für eine Kontrolle. Wir machen eine Kontrolle nur soweit diese nötig ist. Es spielt keine Rolle, ob die Person eine weisse oder schwarze Hautfarbe hat. Wir kontrollieren auch viele Personen, welche eine weisse Hautfarbe haben. Wir müssen uns aber immer wieder rechtfertigen, wenn wir dunkelhäutige Personen kontrollieren, da der Rassismusvorwurf oft auftaucht.

MOHAMED WA BAILE: Meine Frage ist noch nicht beantwortet. Ich möchte wissen, wie viele Personen den Blick von Ihnen ebenfalls abgewandt haben und ob diese auch kontrolliert wurden. Ist das nicht ein normales, menschliches Verhalten, sich von anderen Menschen abzuwenden, wenn man keine Beziehung zu diesen aufbauen möchte?

POLIZIST: Ich habe das Gefühl, dass ich vorher genau dies beantwortet habe. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

MOHAMED WA BAILE: Hätten Sie diese Frau [zeigt auf weisse Frau im Publikum] oder diesen Mann auch gestoppt und kontrolliert, wenn sie oder er auch weggeschaut hätte?

POLIZIST: Sind meine Kollegen und ich Rassisten?

MOHAMED WA BAILE: Ich unterstelle Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen keinen Rassismus, mir ist aber bewusst, dass ich wegen meiner Hautfarbe kontrolliert wurde.

POLIZIST: Sie werfen uns vor, wir seien Rassisten.

MOHAMED WA BAILE: Mein Vorwurf richtete sich an die Institution Polizei, an die Struktur.

POLIZIST: Ich bin hier als Privatperson gekommen und nicht als Institution.

Dies ist eine Szene aus dem Theaterstück «Hautverdächtig? Rassistische Polizeikontrollen auf der Anklagebank», welches bisher zweimal in der Schweiz aufgeführt wurde. Mit diesem Tribunal wird eine Gerichtsverhandlung zum Thema Racial Profiling inszeniert. Dieses Vorgehen steht in der Tradition künstlerischer Anklagen von gesellschaftlichen Missständen. Die Darsteller*innen sind teilweise Schauspieler*innen, aber vor allem Menschen, die ausserhalb der Inszenierung mit Rassismus vertraut sind, People of Color, die Racial Profiling erfahren, sowie antirassistische Aktivist*innen. Während einer Tribunalvorstellung sind das Wissen und die Perspektiven von People of Color zentral. Die Form des Theatertribunals hat auch der Regisseur Milo Rau mit seinem «Kongo Tribunal» (2015) oder den «Moskauer Prozessen» (2013) umgesetzt. Zuletzt kam auch das NSU-Tribunal «Wir klagen nicht. Wir klagen an» in die Medien, das im Mai 2017 im Schauspiel Köln aufgeführt wurde und auf eine Aufarbeitung der NSU-Taten aus anderen Perspektiven abzielte. Das $Tribunal sei\,ein\,Ort\,der\,gesellschaftlichen\,Anklage\,von$ Rassismus, stand im Begleittext dazu: «Die Berichte der Betroffenen und Angehörigen stehen im Mittelpunkt. Ihre Geschichte gilt es zu hören und zu verstehen» (Schauspiel Köln, 2017).

Neben eigenen Aussagen von Betroffenen werden bei einem Tribunal Aussagen aus realen Verfahrensdokumenten, von Urteilen und Medienberichten zitiert, die für das Publikum die Gewaltförmigkeit von Racial Profiling erlebbar machen sollen. Muster des Distanzierens, Verharmlosens und Rechtfertigens vonseiten der Polizei und Autoritäten werden nachgezeichnet.

Das Tribunal ist eine antirassistische Intervention, die dem realen Schweizer Gerichtsraum, in dem Rassismus und Racial Profiling als Praxis geschützt werden, einen alternativen, ermächtigenden Raum entgegenstellt. Ziel des Tribunals ist es, ein gesellschaftliches Bewusstsein zu schaffen – nicht nur für das Unrecht gegenüber Betroffenen von Rassismus, sondern auch für die Chancen, die in einer solidarischen, postmigrantischen «Gesellschaft der Vielen» liegen.

Info:

Das Theaterstück «Hautverdächtig? Rassistische Polizeikontrollen auf der Anklagebank» ist Teil der Tour de Lorraine und wird am 19. Januar 2018 um 20.30 Uhr im Tojo Theater Reitschule Bern aufgeführt.

Autor

Mohamed Wa Baile ist wissenschaftlicher Bibliothekar und Autor des kürzlich erschienenen Kinderbuchs «Wie die Frauen zu ihren Rechten kamen», C.F. Portmann Verlag, 2017.

URBAN CITIZENSHIP MIT NEOLIBERALEM NACHGESCHMACK

Das Thema scheint vielversprechend, um die Lebenssituation vieler Menschen zu verbessern. Für eine Initiative wie die Tour de Lorraine, die im Zuge der Mobilisierungen gegen das World Economic Forum entstanden ist, hinterlässt Urban Citizenship dennoch einen ziemlich neoliberalen und herrschaftskonformen Nachgeschmack, der hier thematisiert wird.

nter den Anhänger*innen der Marktwirtschaft gibt es solche, die, wenn nicht vernünftiger, doch zumindest ein bisschen realitätsnäher sind als andere. Sie stellen die neoliberale Kehrseite zu den faschistoiden Tendenzen derselben spätkapitalistischen Medaille dar: So steht Trudeau in Kanada gegen Trump in den USA, Macron gegen Le Pen in Frankreich oder Merkel gegen Seehofer und die AfD-Nazibande in Deutschland. Diese Politiker*innen nehmen zur Kenntnis, dass im freien Kapitalverkehr immer mehr Menschen miteinander in Konkurrenz treten, und das auf einem immer globaleren Arbeitsmarkt.

Es ist Tatsache, dass, wo Geld und Waren grenzenlos zirkulieren und Nationalstaaten zunehmend ihre Souveränität an internationale Organisationen, Freihandelsabkommen und transnationale Unternehmen abgeben, sich einerseits das Geld in gewissen Regionen – vor allem eben Städte im globalen Norden – akkumuliert und andererseits die Menschen dorthin migrieren, wo das Geld ist.

STADT ODER STAAT?

Die Stadt wird als autonomer Akteur immer wichtiger: Dort befinden sich die Sitze wichtiger internationaler Organisationen und Unternehmen. Gleichzeitig entsteht zwischen den Städten eine immer dichtere Verstrickung und gegenseitige Abhängigkeit. Im internationalen Kampf um Standortvorteile – um tiefe Unternehmens $steuern, aktives\,Kulturleben, wirtschaftlich\,rentable\,Bil$ dung, Festivals, gesells chaftliche Offenheit, Innovation,Messen usw. – dient die globale Stadt als zweischneidige Speerspitze des Staates. Dessen Interesse als idealer Gesamtkapitalist besteht darin, an internationalem Einfluss zu gewinnen – selbst wenn er dafür ein paar Augen schliessen muss und nicht mehr in jedem Geschäft mitmischen darf. Solange Mehrwert und Einfluss generiert werden, lässt sich der Staat auf einen gewissen Souveränitätsverlust ein. Zeitgleich läuft er damit Gefahr, zentrifugale Kräfte auszulösen und die Kontrolle über lokale Einheiten zu verlieren – ein Phänomen, das aktuell in der ganzen Welt um sich greift.

Auch in Westeuropa erleben Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen Hochkonjunktur. Durch Global Cities reich gewordene Regionen wie Katalonien, die

Lombardei und Bayern möchten lieber auf dem globalen Markt Geschäfte machen, als ihren jeweiligen unproduktiven «Ossis» oder «terroni» Geld geben zu müssen.

WENN VIELFALT ZU REICHTUM WIRD

Die Verteidiger*innen von Volk und Nation können es drehen und wenden, wie sie wollen, dagegen hetzen und versuchen einzuschränken – Fakt ist, dass in den heutigen Städten viele Menschen leben, die nicht traditionelle Staatsbürger*innen, aber dennoch Konsument*innen und mögliche Unternehmer*innen oder Arbeitskräfte sind. Und solange diese Menschen – in erster Linie die Vermögenden unter ihnen – diskriminiert werden, kann sich ihr Marktpotenzial nicht richtig entfalten. Wenn reiche Menschen rechtlich und wirtschaftlich benachteiligt werden, ist dies hemmend für mögliche Geschäfte und schlussendlich schade um das Geld. «Vielfalt ist Reichtum», wie es so passend an der Gay Pride 2017 in Bern hiess. Was für LGBTIQ gilt, kann auch auf Migration angewendet werden.

Dadurch, dass ein immer grösserer Teil der (vor allem Stadt-)Bevölkerung aus der veralteten Definition von Staatsbürger*in fällt, ist es für die Aufrechterhaltung der Legitimität der (lokal) Herrschenden und Mächtigen vorteilhaft, wenn die «Volksgemeinschaft» ausgeweitet und umdefiniert wird, von einer strikt nationalen und ethnisch homogenen zu einer offenen, städtischen und multikulturellen Identität.

So steht im Integrationskonzept von 2007 für Berlin: «Vielfalt bedeutet Stärke» – dieser Grundsatz einer modernen Unternehmenskultur gilt besonders in Berlin. Migrantinnen und Migranten tragen zu dieser Stärke wesentlich bei. [...] Berlin ist nicht nur im Kampf um Investitionen ein Global Player, sondern auch im Wettbewerb um kluge und aktive Menschen».

Die neue Definition von Vorzeigestadtbürger*in ist ein aktives und unternehmerisches Individuum in einer wirtschaftlich agilen Stadt, das nicht mehr einer einzelnen homogenen Gemeinschaft angehört, sondern sich zwischen einer Vielzahl an sozialen Gruppen oder Netzwerken bewegt. Kulturelle Vielfalt ist zum Wirtschaftsmotor geworden, zum Zeichen einer erfolgreichen und transnational vernetzten Global City.



Selbst das World Economic Forum hat sich des Themas angenommen. Ein auf der Website des WEF veröffentlichter englischsprachiger Artikel beschreibt die Notwendigkeit, Migrant*innen besser in «unsere» Städte zu integrieren: «Inklusive Städte sind in der Lage, ein aktives Engagement aller in ihr wohnhaften Gemeinschaften einzufordern, damit langfristig ein grösseres Zugehörigkeitsgefühl der Migrant*innen angestrebt werden kann. Migrant*innen werden die Vorteile erkennen, die sich ergeben, wenn sie ihre Zeit, Mühe und Ressourcen in die Optimierung ihrer Fähigkeiten stecken, wodurch sie bessere Chancen haben und sich ihre Lebensqualität insgesamt verbessert» (www.weforum.org, Übers. v. Verf.).

Selbst wenn sich die Stadt von der nationalen Identität teilweise verabschiedet, bedeutet dies nicht, dass identitäre Ausgrenzungs- und Verdrängungsmechanismen ebenso verschwinden – auch in einer Global City kann früher oder später eine «Das Boot ist voll»-artige Rhetorik aufkommen, was in der Debatte zur Gentrifizierung bis weit in das emanzipatorische Lager festgestellt werden kann. So ist zum Beispiel «Support your local Antifa. Don t move to Berlin» ein gebräuchlicher Wider $stands aufrufinner halb von antifaschistischen \ Gruppie$ rungen gegen diese Form der Urbanisierung in Städten. Dies könnte aber auch als verkürzte Kapitalismuskritik interpretiert werden, da die Schuld für strukturelle Erscheinungen des Kapitalismus in einzelnen Personengruppen identifiziert wird, in diesem Fall wirtschaftlich besser gestellten Zuzügler*innen.

AKTIVIERE DICH ODER BLEIB SELBST SCHULD!

So, wie eine Umdeutung der «Volksgemeinschaft» stattfindet, um sich der urbanen gesellschaftlichen Realität anzupassen, reorganisiert das Staatsgebilde auch seinen Einfluss auf lokaler Ebene. Quartierinitiativen, Freiwilligenarbeit und alternative Projekte stehen in der Logik des «Forderns und Förderns» des neoliberalen Verständnisses von Sozialpolitik. Es wird von den unternehmerischen und wirtschaftlich rationell denkenden Stadtbürger*innen erwartet und gefordert, dass sie sich selbst aktiv darum bemühen, ihr soziales Umfeld mitzugestalten.

Diese Möglichkeiten und Strukturen werden meistens von Menschen genutzt, die durch eine gewisse Sozialisierung genügend Ressourcen, Freizeit und Wissen haben, um sich aktiv in der Gestaltung des öffentlichen Raums zu engagieren um ihren Sozialraum zu verbessern.

Gut gelungene Projekte und funktionierende Strukturen werten das Quartier auf, was zu höheren Mieten, also schlussendlich Verdrängung von denjenigen führt, die nicht die Spielregeln von klein auf verinnerlicht haben und/oder nach einem schlecht bezahlten Vollzeitjob

keine Energie mehr haben, um sich zu «aktivieren». «Inaktive», die sich nicht selber um eine Verbesserung ihrer Lebenslage bemühen, können für ihre Lebenssituation verantwortlich gemacht werden und sind damit auch einfacher zu sanktionieren.

Selbst wenn die urbane liberale multikulturelle kosmopolitische Utopie in einigen Stadtteilen der Global Cities annähernd erreicht wird – die Antwort auf die Frage «Wem gehört die Stadt?» bleibt bei den Parlamenten, den Vollzugsstellen, den Banken, den Konzernen, den Hauseigentümer*innen, den Kapitalinteressen. Und die würde ihnen auch selbst dann noch gehören, wenn ein*e Sans-Papiers mit City Card das Recht erhielte, Polizist*in zu werden.

WER DIENT HIER WEM?

Solange die Profitlogik der Grundpfeiler der Gesellschaft bleibt, werden weiter Menschen verdrängt und zur Flucht gezwungen. Es werden neue Peripherien entstehen, Spannungen zwischen sozialen Gruppen zunehmen und Probleme nach aussen verlagert werden - ein Teufelskreis, in dem die schneller werdende und immer intensivere Akkumulation von Kapital immer öfter aufeinanderfolgende Krisenschübe nach sich zieht. Wenn ein Teil der Mächtigen erkennt, dass im freien Kapitalverkehr «Vielfalt» zu Stärke und Reichtum verhilft, und Massnahmen ergreift, damit sich das Marktpotenzial dieser Vielfalt voll entwickeln kann, dann ist das kein emanzipatorisches Projekt. - Dies sollte zumindest im Hinterkopf behalten werden, wenn Begriffe benutzt werden, die aus dem Dunstkreis des World Economic Forums stammen. Sonst läuft man Gefahr, eine Querfront einzugehen, und macht sich zum Fussvolk der Kapitalinteressen. Die emanzipatorischen Perspektiven, die mensch aus den Konzepten von «Urban Citizenship» ziehen kann, sind durchaus vorhanden und erstrebenswert. Wenn dabei die bestehenden Herrschaftsverhältnisse aber nicht infrage gestellt werden, sind sie dazu verurteilt, als Standortvorteil zu enden.

Autor*innenschaft:

Redazione Rossa e Nera ist ein antiautoritäres mehrsprachiges Medienkollektiv, das durch Berichterstattung und Analysen von aktuellen Kämpfen Sprachbarrieren überwinden will: rrn.tracciabi,li

Lesetipps:

Freerk Huisken, «Abgehauen. Eingelagert, aufgefischt, durchsortiert, abgewehrt, eingebaut – Neue deutsche Flüchtlingspolitik», VSA Verlag 2016.

Thomas Konicz, «Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft», konkret texte 2016.

Mathias Rodatz, «Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban politics of citizenship in der neoliberalen Stadt.», s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 2014.



Grün alternative



grünalternative.ch



Sie hat wichtige Anliegen im Kantonsparlament vertreten, u.a.:

- Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer
- 10% mehr Sozialhilfegeld statt Sozialabbau
- frühzeitige Abstimmung über die olympischen Winterspiele
- keine Einführung von Privatgefängnissen im Kanton Bern

Simone bleibt! Grün alternative Grossratsliste vollständig einwerfen!

Simone bleibt im Grossen Rat

Sie verlangt zum neuen Polizeigesetz:

- Aufnahme eines Anti-Racial-Profiling-Artikels
- Keine Überwälzung von Sicherheitskosten bei Veranstaltungen
- Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten
- Keine Schnüffelpolizei



Gemeinsam Lebensmittel produzieren. Da wo Du lebst. Werde Teil einer Hofgemeinschaft. solawi.ch







wädichörbli

well all ground

PFLANZPLATZ DUNKELHÖLZLZ

Bern radiesli.org / soliterre.ch Baden bioco.ch Wädi wädichörbli.ch Zürich mehalsgmues.ch / dunkelhoelzli.ch











PROGRAMM

WORKSHOPS, VORTRÄGE, FILME, THEATER UND KONZERTE

TEILHABE FÜR ALLE! DA, WO WIR LEBEN.

Tour de Lorraine mit Internationalem Politfestival in Bern im PROGR, in der französischen Kirche, in der Reitschule und der Berner Innenstadt von Donnerstag bis Samstag, 18. – 20. Januar 2018

«Urban Citizenship» bietet eine vielversprechende Perspektive auf die Frage, wer an der Gestaltung des urbanen Raumes teilhaben darf. Nicht Herkunft und ökonomische Voraussetzungen sollen entscheidend sein, sondern der Lebensmittelpunkt und die gemeinsame Zukunft. Es geht um rechtliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe aller Bewohner*innen und um die Anerkennung von Migration und Vielfalt als gesellschaftliche Realität. Wie können wir die lokalen Strukturen an diese Realität anpassen? Ob Armutsbetroffene, Migrant*innen mit und ohne Papiere, Menschen mit

Behinderungen, die LGBTQ-Community, Senior*innen oder Jugendliche: Wir fordern Teilhabe auf Augenhöhe für alle. Da, wo wir leben.

Wie können wir Abschiebungen verhindern, müssen wir die Demokratie neu erfinden, wie schaffen wir Zugang zu Arbeit und Wohnraum für alle und ist «Urban Citizenship» auch auf dem Land umsetzbar? Die diesjährige Tour de Lorraine mit dem Titel «Teilhabe für alle! Da, wo wir leben» wird Raum bieten, diese Fragen aufzugreifen, sich untereinander zu vernetzen, sowie Strategien, Aktionen und mögliche rechtliche und politische Konzepte rund um «Urban Citizenship» zu diskutieren.

Die Tour de Lorraine lädt zusammen mit dem «netzwerk migrationscharta.ch» und der Plattform «Wir alle sind Bern» zu diesem Politfestival ein.

Kommt nach Bern. Nehmt teil! Participez! Vieni! Take part! Bainvegni

AUFTAKTVERANSTALTUNG, DONNERSTAG, 18. JANUAR

WENN STÄDTE ZU REBELLINNEN WERDEN – WIDERSTAND GEGEN EIN RASSISTISCHES MIGRATIONSREGIME

19:30 Uhr, Tojo Theater, Neubrückstrasse 8

Historisch lassen sich zahlreiche Beispiele anführen, in welchen die städtische oder kommunale Ebene als Laboratorium für emanzipatorische Formen des Miteinanders dienten. Zurzeit setzen sich in verschiedenen Ländern Städte gegen ein rassistisches Migrationsregime zur Wehr und nutzen dabei in geschickter Art und Weise den rechtlichen Spielraum, der ihnen zur Verfügung steht. So hat sich Palermo zur «città dell' accoglienza» erklärt, Toronto zu einer «Sanctuary City» und New York ermöglicht mit einer City ID auch Sans-Papiers einen legalen Ausweis. Was diese Solidarischen Städte vereint, ist ihr aktives Ignorieren des Aufenthaltsstatus ihrer Bewohner*innen. Sie haben erkannt. dass die Illegalisierung von Menschen zu Prekarisierung, ein Wahlrecht nur für Staatsbürger*innen zur Entdemokratisierung und die Konstruktion des

Grenzübertritts als «Sonderfall» zu einer Entsolidarisierung der Menschen führt.

Neben Schutzpolitiken, die Abschiebungen und rassistische Kontrollen verhindern, setzen Solidarische Städte auf eine Teilhabe ohne Angst für alle Bewohner*innen. «Urban Citizenship» bietet dabei eine vielversprechende Perspektive auf die Frage, wer an der Gestaltung des urbanen Raumes teilhaben darf. Nicht die Herkunft ist ausschlaggebend für Zugehörigkeit und Teilhabe, sondern der Lebensmittelpunkt und die gemeinsame Zukunft.

Nach drei Inputs von **Katharina Morawek** (Mitinitiatorin von «Wir alle sind Zürich»), **Dr. Kristina Schulz** (Dozentin für Migrationsgeschichte, Uni Bern) und **Dr. Elham Manea** (Politikwissen-

schaftlerin, Uni Zürich) diskutieren die Referentinnen über das Potenzial Solidarischer Städte und die Herausforderungen auf dem Weg dorthin. Bei der Diskussion wird es u. a. um die Kernelemente der Idee von Urban Citizenship gehen, um die Geschichte der Ausgrenzung & Migration in der Schweiz, um die Spannung zwischen gleichberechtigter Teilhabe, Rechtspluralismus und dem universalen Anspruch der Menschenrechte, und darum, was Urban Citizenship aus einer emanzipatorischen Perspektive bedeuten kann. Als Ausgangspunkt dient das Manifest für eine Solidarische Stadtdes Akivist*innennetzwerks «Wiralle sind Bern».

Moderation: **Tarek Naguib** (Allianz gegen Racial Profiling)

KINOPROGRAMM IM KINO IN DER REITSCHULE



Freitag, 19:30 Uhr & Samstag, 20:00 Uhr **DAS GEGENTEIL VON GRAU**

DAS GEGENTEIL VON GRAU

M. Coers und Recht auf Stadt Ruhr, D 2017, 90 Min. Brachflächen, Leerstand, Anonymität, Stillstand – nicht alle zwischen Dortmund und Duisburg wollen sich damit abfinden. Im Gegenteil. Immer mehr Menschen entdecken Möglichkeiten und greifen in den städtischen Alltag ein. Ein Wohnzimmer mitten auf der Strasse, Nachbarschaft, Gemeinschaftsgärten. Stadtteilläden, Repair Cafés und Mieter*inneninitiativen entstehen in den Nischen der Städte – unabhängig, selbstbestimmt und gemeinsam. «Das Gegenteil von Grau» zeigt unterschiedliche Gruppen, die praktische Utopien und Freiräume leben und für ein solidarisches und ökologisches Miteinander im urbanen Raum kämpfen.



Freitag, 21:15 Uhr & Samstag, 21:45 Uhr

BEING OKEY

N. Lanfranchi, N. Oppliger & C. Pfister, CH 2017, 34 Min. «Wir sind völlig nackt. Die Schläge kommen von überall her. Und niemand hilft uns.»

Vor elf Jahren überfällt ein wütender Mob Okey und seinen Freund in ihrem Heimatdorf in Nigeria. Homosexualität ist dort ein Verbrechen. Sie entkommen nur knapp dem Tod – trotzdem gewährt die Schweiz Okey kein Asyl. Gefangen zwischen der ständigen Angst, zurückgeschafft zu werden, und der Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit, lässt Okey an seiner inneren Zerrissenheit teilhaben. So erlebt er an der Zürich Pride bei dröhnenden Technorhythmen, was frei sein bedeutet. Während ihn im nächsten Moment die Vergangenheit einholt. Er hofft auf eine würdige Zukunft in der Schweiz, doch sie steht auf wackligem Fundament. Eine erneute Asylbefragung steht bevor. Sie wird über sein Leben entscheiden.

Freitag, 22:00 Uhr & Samstag, 22:30 Uhr

ALS PAUL ÜBER DAS MEER KAM – TAGEBUCH EINER BEGEGNUNG

J. Preuss. D 2017, 93 Min.

Paul Nkamani hat sich aus seiner Heimat Kamerun durch die Sahara bis an die Küste Marokkos durchgeschlagen. Hier lernen sich Paul und Filmemacher Jakob Preuss kennen, der entlang Europas Aussengrenzen auf Recherchereise ist. Kurz darauf ergattert Paul einen begehrten Platz auf einem Schlauchboot nach Europa, doch die Überfahrt nimmt einen tragischen Ausgang: Die Hälfte seiner Mitreisenden stirbt, Paul überlebt. Der Regisseur sieht die erschütternden Bilder der Rettung im Fernsehen und begibt sich auf die Suche nach Paul, Nachdem Paul bereits zwei Monate in Abschiebehaft verbracht hat, findet Jakob ihn endlich in einem spanischen Rote-Kreuz-Heim wieder. Als Paul aufgrund der Wirtschaftskrise in Spanien beschliesst, nach Deutschland zu reisen, muss Jakob sich entscheiden: Soll er Paul aktiv bei seinem Streben nach einem besseren Leben unterstützen oder in der Rolle des beobachtenden Filmemachers bleiben?

Viereinhalb Jahre nachdem Pauls Odyssee begonnen und er seine Mutter in Kamerun verlassen hat, zieht er zu Jakobs Eltern ins ehemalige Kinderzimmer des Regisseurs. Und doch bleibt seine Zukunft in Deutschland ungewiss ...

THEATER, PERFORMANCE UND TRIBUNAL IM TOJO THEATER REITSCHULE BERN

Freitag, 19:45 Uhr

«SHOW HIN»

Blickwichtung, Zürich

Die Theatergruppe BLICKWICHTUNG ringt mit dem hochexplosiven Thema Rassismus im Alltag und «Racial Profiling». Innen- und Aussenperspektive wechseln sich ab. Verschiedene kleine Zugszenen führen durch eine Landschaft von Vorurteilen, Ängsten, Verwirrung und Hass. Auf der Bühne werden mit selbstentwickelten Texten und Zeitungsausschnitten der WOZ Statements geformt. Die 5 Darsteller*innen stellen mit 7 Stühlen eine Welt dar, die wegschaut, in der man den Platz wechseln, aber nicht aus der eigenen Haut fahren kann.

Schauspieler*innen: Céline Bolliger, Joel Franz, Danielle Isler, Ramola Ramesh, Katrin Schmid Inszenierung: Fanny Levy



Freitag, 20:30 Uhr

HAUTVERDÄCHTIG? RASSISTISCHE POLIZEIKONTROLLEN AUF DER ANKLAGEBANK

Allianz gegen Racial Profiling

Die Verhandlung ist eröffnet. Angeklagt ist:

Gibt es rassistische Polizeikontrollen in der Schweiz? Mohamed Wa Baile spricht vor einem Tribunal über seine Erfahrungen mit institutionellem Rassismus bei der Polizei.

Als Zeug*innen werden Betroffene von rassistischen Polizeikontrollen, Aktivist*innen und Forscher*innen zu Erleben, Ausprägungen, Folgen und Auswirkungen von Rassismus in der Schweiz angehört. Das Publikum kann als Beobachter*in kommentieren. Danach folgt, wie bei jeder Gerichtsverhandlung, das Schlussplädoyer.

Das gewählte Format des Tribunals stellteine künstlerische Intervention dar, um eine Diskussion über strukturellen Rassismus in der Schweiz einzufordern. Damit sollen Chancen für eine «Gesellschaft der Vielen» aufgezeigt werden, in der ein Angriff auf einige Hautverdächtige gleichzeitig als ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft verstanden wird. Es besteht Klärungsbedarf bezüglich Racial Profiling und es betrifft uns alle.



Samstag, 20:00 Uhr **«GRENZENLOS»**



Das Hörstück «grenzenlos» entstand im Herbst 2016 im Rahmen eines partizipativen Workshops des Hauptstadt Kultur-Projektes «Time for Change». Dagmar Kopše und Diego Valsecchi haben mit 22 Menschen aus zehn Ländern in neun Sprachen Geschichten zu den Themen «Grenzen überschreiten» und «Gerechtigkeit» erarbeitet und anschliessend zu einem vielstimmigen Erzählteppich verwoben.

von Time for Change, Dagmar Kopše & Diego Valsecchi

Samstag, 20:45 Uhr

ONCE IN A LIFETIME – ALLES KANN, NICHTS MUSS #TEILHABE

ÜBERFORDERTE THEATERZECKEN widmen sich verzweifelt ungenau den aktuellen Kriterien zur Aufnahme in die Gesellschaft, sie besuchen das kleine Einzelne, verlieren sich im grossen Ganzen, tanzen mit der Vision von Zugehörigkeit, rühren für alle die passive Teilhabetrommel und flöten auf aktive Teilnahme für nichts und wieder nichts ...

mit: Fabienne (the beaver), Marie (Ooooooooooooooooooooohmmmmmmmmlin), Milva (die Starke) und Nina Mariel (Kohle her!)

SAMSTAG, 20. JANUAR

10:15 Uhr, Turnhalle, PROGR

JAHRESVERSAMMLUNG NETZWERK MIGRATIONSCHARTA.CH UND STANDORTGESPRÄCH «KIRCHENASYL»

Die Migrationscharta wurde im Herbst 2015 von einer losen Gruppierung evangelisch-reformierter und römisch-katholischer Theolog*innen aus der deutschen Schweiz als Grundlagentext für eine neue Migrationspolitik aus biblischtheologischer Perspektive herausgegeben. Der Charta war ein langer Reflexions- und Redaktionsprozess vorangegangen. Sie stiess innerhalb und ausserhalb der Kirchen auf ein breites Interesse. Mehr als 900 Personen haben die Charta unterzeichnet. Die Gruppe rund um die Migrationscharta hat sich seither gefestigt, ausgeweitet, klarere Strukturen gegeben und nennt sich nun «netzwerk migrationscharta.ch». An der Jahresversammlung stellt sich die 16-köpfige nationale Koordinationsgruppe vor und berichtet von den Aktivitäten seit 2016. Zusammen mit Kolleg*innen aus Deutschland evaluieren wir, wo wir im Bereich Kirchenasyl stehen und was nächste Schritte sein könnten.

11:00 Uhr. Turnhalle, PROGR

OFFENES NETZWERKEN «URBAN CITIZENSHIP»

An der Tour de Lorraine kommen unterschiedlichste Initiativen, Aktivist*innen und Interessierte zusammen. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um bei Kaffee und Tee gemütlich in den Workshoptag zu starten und die Netze auszuwerfen. Ob Schwesterinitiative in einer anderen Stadt, Aktivistin auf einem ähnlichen Gebiet oder einfach Saufkumpane fürs Abendprogramm – beim Netzwerktreffen lernt mensch sich kennen.

12:00 Uhr, 3. Stock, PROGR

MITTAGESSEN «TEILETE»

Brot von der Ässbar. Jede*r bringt etwas mit

13:30 Uhr, Turnhalle, PROGR (Turnhalle untere Etage)

WO FINDEN JUGENDLICHE IN BERN NICHTKOMMERZIELLE ÖFFENTLICHE RÄUME?

Wo finden Jugendliche in Bern nichtkommerzielle öffentliche Räume für gemeinsame Aktivitäten & Abende? Beim Open-Mic-Podium für alle Interessierte finden wir zusammen raus, welche Themen uns bewegen. Dann besprechen wir an offenen Diskussionstischen, was genau wir in Bern brauchen und welche Forderungen wir an die Gemeinde und die Politiker*innen haben. Bei Musik & Essen stellen sich danach einzelne Initiativen und Jugendtreffs vor, speziell auch für Mädchen & junge Frauen.

Organisatoren: Gaskessel, Jugendarbeit Bern Nordost, Dachstock Jugendtreff, Jugendparlament, Sk8.be, Tour de Lorraine, Jugendarbeit Bern West. Frauenraum. und viele andere

13:00 Uhr und 15:00 Uhr, PROGR-Innenhof vor der Turnhalle

THEATRALER RUNDGANG

Grenze | Nicht Grenze

Haben Sie eigentlich Grenzen? Haben **Sie** eigentlich Grenzen? Haben Sie eigentlich Grenzen? Haben Sie eigentlich **Grenzen**? Wo kämen wir denn hin, wenn niemand ausgegrenzt werden würde? Wo kämst du hin, wenn niemand ausgegrenzt werden würde?

Denk:mal Theatergruppe

13:00 – 17:00 Uhr, PROGR und weitere Orte

WORKSHOPS

Wir sind froh um deine **Anmeldung**, um besser abschätzen zu können, wie viele Menschen die Veranstaltungen besuchen möchten. Danke! (Details siehe unten)

Samstag, 16:00 Uhr und Sonntag, 14:00 Uhr

Start: Beim Haupteingang Bundeshaus LEBEN ALS SANS-PAPIERS: FIN STADTRUNDGANG

Zum Arzt gehen oder die Polizei rufen? Bankkonto eröffnen oder Arbeit finden? Heiraten oder ein Handyabo lösen? Für «Sans-Papiers» schwierig bis unmöglich. Über das Leben ohne Aufenthaltsbewilligung und die Chancen einer «City-Card» erzählt die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers auf dem Stadtrundgang.

17:00 - 18:00, Turnhalle, PROGR

COSMOPOLIS

Aktionsplenum, in welchem Ideen aus den Workshops Realität werden können. Wie geht es gemeinsam weiter? Welche Ziele verfolgen wir und welche Projekte? Wer schliesst sich mit wem zusammen?

18:00 Uhr, PROGR

BANQUET RÉPUBLICAIN

Feines Essen aus der internationalen Küche und würzige Tischreden!

ab 20:00 Uhr, TOJO & KINO in der Reitschule

KINO & THEATER

(Details dazu links)

ab 21:00 Uhr

MEHR ALS 20 KONZERTE

(Details dazu ab Seite 20)

 $\textbf{Ab 11.30 Uhr} \ k\"{o}nnt \ ihr euch \ am \ \textbf{Infotisch im PROGR} \ erkundigen, \textbf{welcher Workshop wo stattfindet.} \ Kommt \ fr\"{u}hzeitig \ vorbei, denn \ nicht \ alle \ Workshops \ werden \ im \ PROGR \ selber \ durchgef\"{u}hrt.$

WORKSHOPS, BLOCK 1 (SAMSTAG, 13:00 UHR - 14:30 UHR)

NR 1: MEHR ALS MIETER*INNENKAMPF: RÜCKBLICK UND DISKUSSION ÜBER DIE MÜL126

In diesem Workshop beschäftigen wir uns mit dem Häuserkampf der Bewohner*innen der Mühlhauserstrasse 26 in Basel. Viele von ihnen lebten in diesem Haus seit 50 Jahren in einer solidarischen Gemeinschaft. Jetzt werden sie von der Eigentümerin, der Pensionskasse der Stadt Basel, aus ihren Wohnungen geworfen. Obwohl die Mülis mit Freund*innen einen einzigartigen Widerstand geleistet haben, kann nun die Luxussanierung realisiert werden, womit über Jahrzehnte gewachsene Beziehungen wegsaniert werden. Wir wollen allerdings nicht nur die Verdrängung thematisieren, sondern durch einen Rückblick auf die Ereignisse eine Diskussion um Perspektiven eröffnen, die einen grundlegenden Wandel der Verhältnisse ermöglichen.

Mülisoligruppe Basel

NR 2: WOHNRÄUME FÜR ALLE! – STRATEGIEN FÜR SOZIALE WOHN-VERSORGUNG

Teilhabe in der Stadt wird stark über das Wohnen verhandelt: Wer findet wo (keinen) Wohnraum? Zu welcher Miete? Um Wohnraum für alle zu erkämpfen, wenden Bewegungen, Genossenschaften und Häuserkollektive verschiedene Stra-

tegien an: vom gemeinschaftlichen Häuserkampf zum genossenschaftlichen Häuserkauf, von politischen Initiativen bis zu Besetzungen. Im Workshop diskutieren wir diese Strategien sowie deren Gemeinsamkeiten und Widersprüche. Kotti & Co., Recht auf Stadt Basel, Mietshäuser-Syndikat,

Rotti & Co., Recht auf Stadt Basel, Mietsnauser-Synd Recht-auf-Wohnen-Initiative Basel

NR 3: TRANS* CITIZEN

Wer sind Transmenschen und was bedeutet es, in unserer Gesellschaft, unserer Stadt als Transperson zu leben? Wie können Einzelpersonen in ihrem Alltagshandeln Transmenschen unterstützen? Was können soziale Bewegungen zu strukturellen Verbesserungen beitragen? Der Workshop vermittelt auf vergnügliche Weise Grundkenntnisse und lädt ein zum Diskutieren und Ideenentwickeln.

Transgender Network Switzerland (TGNS), mit Alecs Recher, Sophie Schärer und Mireille Wullschleger

NR 4: MENSCHEN ALS BETEILIGTE DER STADTENTWICKLUNG

Partizipation trägt zur Identität und Stadtqualität bei, indem vielfältige Vorschläge und Ideen einfliessen und die Planungen dem kritischen Blick potentieller Nutzer*innen ausgesetzt werden. Unabhängig von Staatszugehörigkeit, Kontostand oder Status. Unter der Prämisse der Verdichtung muss

sich Stadtplanung verändern. Dies weil Verdichtung ohne namhafte Eingriffe nicht zu haben ist. Damit sich Lebensqualität und städtebauliche Veränderungen nicht ausschliessen, können diese Eingriffe nur durch eine echte Mitsprache aller Betroffenen vorgenommen werden. Im Workshop werden die Grundprinzipien von Partizipation in der Stadtentwicklung und Quartierplanung dargelegt und eine Werkzeugkiste dazu vorgestellt. Entlang der Fragestellungen der Teilnehmenden können mögliche «Rezepte» für Prozesse skizziert werden.

Christine Seidler (Dencity; Berner Fachhochschule), Claudia Thiesen, Architektin

NR 5: JOBBÖRSE – EIN INSTRUMENT ZUR ARBEITSINTEGRATION?

Unsere Gesellschaft definiert sich stark über die Arbeit. Fehlende Beschäftigung führt längerfristig zur Exklusion. Verschiedenste Menschen in unserer Gesellschaft haben enorme Schwierigkeiten eine Arbeitzu finden. Der Workshop soll folgende Fragen aufgreifen: (1) Welche Möglichkeiten im Bereich von Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten sind bereits vorhanden? (2) Wie können alle Menschen in den Arbeitsprozess integriert werden? (3) In welcher Form kann ein Angebot über eine Jobbörse aufgebaut werden?

Mandana Trucco (Fachmitarbeiterin SAH Bern) Jonas Abplanalp (Fachmitarbeiter SAH Bern)

WORKSHOPS, BLOCK 1 (SAMSTAG, 13:00 UHR - 14:30 UHR)

NR 6: AUTONOMES LEBEN IN DER ASYLUNTERKUNFT

Wer in der Schweiz Asyl beantragt, ist für einige Jahre von vielen Entscheidungen betroffen, ohne mitreden zu können: Wohnort, Mobilität, Ärztewahl, Wohnungsgestaltung etc. Welche Freiräume können wieder oder neu entdeckt oder zurückgewonnen werden? Wer spielt darin welche Rolle?

Jean Omar, Übersetzer, Geflüchtete aus Zürcher Notunterkünften, Christoph Albrecht, JRS-Schweiz [Moderation]

NR 7: CITY CARD - DER AUSWEIS IN **EINER SOLIDARISCHEN STADT?**

Das Konzept der Urban citizenship fordert rechtliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe aller in einer Stadt lebenden Menschen. Ein Aspekt davon ist die City Card, ein städtischer Ausweis für alle Bewohner*innen einer Stadt. unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

> Ezgi Akyol, Koordinatorin Züri City Card und AL Parlamentarierin, Bea Schwager, Präsidentin des Vereins Züri City Card Karin Jenni Verein Berner Beratungsstelle, für Sans-Papiers

NR 8: KIRCHENASYL UND TEILHABE

Bei einem Kirchenasyl stellt sich eine Kirchgemeinde zusammen mit Migrant*innen. Aktivist*innen. NGOs und anderen Unterstützer*innen schützend vor Personen, denen eine Ausschaffung oder eine Überstellung in ein Land mit unwürdigen Bedingungen droht. Das ist eine Herausforderung für alle Mitwirkenden!

In unserem Workshop diskutieren wir Beispiele von gelungenem Kirchenasyl und hören Erfahrungen von Leuten, die dabei waren. Wir besprechen, worauf es ankommt, damit alle Beteiligten sich zielführend einbringen können.

Christian Walti (Kirchgemeinde Frieden Bern), Jacob Schädelin (netzwerk migrationscharta.ch), Edith Zingg (Pfarrei Guthirt Ostermundigen), René Schaufelberger (Kirchgemeinde Belp), Michel Wuillemin (Kirchgemeinde Belp), Stephan Reichel (Kirchenasyl Bayern - matteo)

NR 9: AUSLÄNDER*INNEN STIMMRECHT: FÜR EINE DEMOKRATISIERUNG DER **DEMOKRATIE**

Einige Gemeinden und Kantone kennen ein Ausländer*innenstimmrecht, aber in der Regel hat rund ein Viertel der Bevölkerung keine politischen Rechte. Aus demokratietheoretischer Perspektive ist dies problematisch, weil dadurch eine Dominanz rechtlich Privilegierter über Menschen ohne politische Rechte entsteht. Dieser Workshop geht aus einer wissenschaftlichen und einer aktivistischen Perspektive derFragenach, welche Gründe für ein Ausländer*innenstimmund Wahlrecht auf kommunaler Ebene sprechen und welche Veränderungen ein solches Recht bewirken kann.

Stefan Egli [Moderation], Prof. Dominik Hangartner (Co-Director Immigration Policy Lab), Isabel Zubieta (Wir alle sind Bern), Gerda Hauk (Kleiner Kirchenrat, Katholische Kirche Region Bern)

NR 10: DIE DIALEKTIK VON GRUND-RECHTEN UND DEMOKRATIE

Mit der Selbstbestimmungsinitiative werden Demokratie und Grundrechte gegeneinander ausgespielt. Der Workshop spürt der gegenseitigen Bedingtheit von Grundrechten und Demokratie nach. Er führt damit über die rein defensive Linke hinaus, die ihrerseits Grundrechte gegen Demokratie in Stellung bringt.

Magda Zihlmann (Anwältin, diverse Engagements für Grundrechte), Stephan Bernard (Anwalt, diverse Engagements für Grundrechte)

NR 11: SICHTBAR DURCH PARTIZIPATION: **POLITISCHE TEILHABE VON MIGRAN-**TINNEN

Welche Möglichkeiten der Mitgestaltung bestehen in der Schweiz unabhängig von der Staatszugehörigkeit? Wie sieht eine inklusive Gesellschaft aus, an der alle Menschen teilhaben? Um diese Fragen geht es auf der «Entdeckungsreise zu Orten der Partizipation», einem Projekt der feministischen Friedensorganisation cfd. Im Workshop stellen wir das Projekt vor und berichten, welche Strategien politischer Teilhabe Migrantinnen im Projekt entdeckt haben. Wir diskutieren, wo die Teilnehmerinnen auf Grenzen gestossen sind und weshalb Migrant*innen in vielen Bereichen untervertreten bleiben.

Aglaia Wespe (cfd) Theodora Leite Stampfli (cfd)

NR 12: INTERRELIGIÖSE **GASTFREUNDSCHAFT**

Welche Möglichkeiten und Grenzen haben Menschen unterschiedlicher Religionen, an der hiesigen Gesellschaft teilzuhaben? Wie funktioniert Teilhabe innerhalb der einzelnen Religionsgemeinschaften? Welchen partizipativen Ansatz haben interreligiöse Projekte und Gruppen?

David Leutwyler, Haus der Religionen Bern, Pat Santschi, Subhash Patil, Abdul Wahab, Yvonne Bomonti, Heiliggeist interreligiös, offene kirche bern, Charlie Wenk, ökumenische Gemeinde Halden St. Gallen

NR 13: WAS IST HEIMAT?

Was ist Heimat? Wer gehört dazu? Und welche Heimat wol-Jen wir? Diesen Fragen gehen die Besucher*innen der Stanferhaus-Ausstellung «HEIMAT. Eine Grenzerfahrung» in Lenzburg nach. Der Workshop gibt Einblick in die Entstehung der Ausstellung und in ihren Umgang mit dem Heimat-Begriff. Er zeigt, was Heimat für die bislang über 70 000 HEIMAT-Besucher*innen bedeutet – und fragt die Workshop-Teilnehmenden: Was ist Heimat für Dich? http://www.stapferhaus.ch/ausstellung

Sonja Enz (Stapferhaus Lenzburg)

NR 14: ORTE DER VERSAMMLUNG -**WER HAT SIE?**

In der ganzen Schweiz gibt es unzählige Migrationsvereine. Sie haben für viele Menschen eine wichtige Bedeutung und leisten oft im Verborgenen viel. Wie können ihre Mitglieder sich versammeln und wo? Wer entscheidet darüber? Gibt es Handlungsbedarfund Forderungen?

Ringhof - Haus der Vereine Bern, Nifa Isalano (Swiss African Forum), Celeste D. Ugochukwu (African Diaspora Council of Switzerland)

NR 15: WÖRCHSHOP INTERCHULTURELL

Erleben – Begegnen – Erfahren – Austauschen – Diskutieren – Weiterdenken! Der WörCHshop bietet eine Plattform, um interkulturelle Lernerfahrungen zu machen, um voneinander zu lernen. Fragen zu stellen, zu diskutieren und zusammen eine offenere Gesellschaft zu bilden. Freut euch auf einen interaktiven und diskussionsreichen Workshop!

Dania Murad (voCHabular), Lisa Marti (voCHabular)

NR 16: RACIAL PROFILING: «SHOW HIN»

«Diese regelmässigen Verletzungen und Bosheiten mir gegenüber, die ich seit unzähligen Jahren erlebe, sind Teil meines Lebens geworden.»

Normalität? Wussten Sie, dass Rassismus für viele Betroffene alltäglich ist? Was machen wir, wenn wir eine rassistische Begegnung im Zug miterleben? Gehöre ich zu den «Da schau ich lieber weiter ins Handy»-Menschen? Hast du Angst vor der Reaktion des Rassisten? Was kann man sagen

oder wie kann ich reagieren? Die Theatergruppe BLICK-WICHTUNG ist mit den Teilnehmer*innen des Workshops auf der Suche nach Antworten zu diesen Fragen. Alltägliche Zugszenen führen uns durch verschiedene Begegnungen mit Rassismus. In einem 4er-Abteil mit 5 Darsteller*innen hat immer eine*r keinen Sitzplatz. Blickwichtung, Zürich

NR 17: MIGRANTISCHE ÖFFENTLICHKEIT

In einer demokratischen Gesellschaft sollte jede und jeder seine Stimme einbringen können und Gehör finden. Für Geflüchtete ist dies jedoch kaum möglich. Zugang zur öffentlichen Debatte und zu Medien ist meist an Beziehungen, Sprache und Aufenthaltsstatus gebunden. Was kann man tun, um eine Öffentlichkeit für alle zu schaffen? Wie können Migrantinnen und Migrantinnen selbst ihre Stimme erheben? Wir diskutieren diese Fragen und berichten von den Erfah-

rungen der «Papierlosen Zeitung». Papierlose Zeitung

NR 18: BEGEGNUNG ALS ERSTER SCHRITT ZUR TEILHABE VON GEFLÜCH-**TETEN MENSCHEN**

Austausch für Organisationen & Freiwillige, die mit Geflüchteten zusammenarbeiten, für Geflüchtete und alle Interessierten. Überblick über Engagementmöglichkeiten und -formen. Andreas & Sara, plattform-f, Lou, Alrasheed & Anna, Integration Zusammen und weitere.

Sara Frey (plattform f), Andreas König (plattform f), Osman Alrashed (Integration Zusammen), Anna Lanz (Integration Zusammen), Lou Losinger (Integration Zusammen)

Ihr könnt euch am Infotisch im PROGR erkundigen, welcher Workshop wo stattfindet. Kommt frühzeitig vorbei, denn nicht alle Workshops werden im PROGR selber durchgeführt.

WORKSHOPS (15:00 UHR – 16:30 UHR)

Anmeldung erwünscht auf www.migrationscharta.ch oder www.tourdelorraine.ch

NR 30: ZIVILER UNGEHORSAM GEGEN **AUSSCHAFFUNGEN - ABER WIE?**

Kirchenasyl, Kirchenbesetzung, Bürgerasyl... Im März 2015 hat das Collectif R ein «Refuge» für eine von einer Dublin-Ausschaffung bedrohte Geflüchtete in Lausanne eröffnet. Seither konnte in 150 Fällen erreicht werden, dass die Schweiz auf Asylgesuche eintritt. In der Deutschschweiz gab es bisher Fälle eines Kirchenasyls – u.a. in Belp. In Freiburg im Breisgau gab es jüngst ein Bürgerasyl für eine Roma-Familie aus Serbien. Alle diese Beispiele sind der Ausgangspunkt für eine Diskussion über Möglichkeiten und Bedingungen des zivilen Ungehorsams.

Sophie Guignard (Collectif R, Co-Präsidentin von Solidarité sans frontières), René Schaufelberger (Pfarrer der Reformierten Kirche Belp), Heiner Busch (Solidarité sans frontières) [Moderation], ein*e Vertreter*in des Bürgerasyls Freiburg

NR 31: STADT FEMINISTISCH GESEHEN

Für wen ist die Stadt da? Wen schliesst die Stadt aus? - Welche Rollen übernimmst du in der Stadt? Welche Rollen werden dir aufgrund deiner Genderidentität zugeteilt? Ein offener, partizipativer und praxisorientierter Workshop zu Stadt und Gender. Offen für alle.

Workshop in Deutsch, Übersetzungen in Französisch und Englisch möglich. Queer-feministische Agenda

NR 32: DEQUALIFIZIERUNG -**WAS KÖNNEN WIR TUN?**

Für viele qualifizierte Migrantinnen und Migranten unterbricht der Migrationsprozess ihre berufliche Karriere. Die gesammelten Arbeitserfahrungen und Kenntnisse werden

WORKSHOPS, BLOCK 2 (SAMSTAG, 15:00 UHR - 16:30 UHR)

nicht wirklich gewürdigt. Die Hürden, eine Stelle zu finden, zeigen sich oft als unüberwindlich. Teilnehmende des Mentoring-Projektes des cfd und des Bernetz-Projektes vom Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern werden diesen Workshop durchführen. Komm und schau, was gegen Dequalifizierung zu tun ist!

Itziar Marañón (Kompetenzzentrum Integration Stadt Bern), Stephanie Menjivar (Bernetz und cfd-Mentorin), Oana Voin (cfd-Mentorin), Lorena Díez (cfd-Mentorin)

NR 33: LEBENSRAUM GASSE

Weshalb ist es für die Gassenarbeit unabdingbar, anwaltschaftlich und akzeptierend zu arbeiten? Welche Haltung steht hinter der Aufsuchenden Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum? Wo erleben die Klient*innen Möglichkeiten zur Mitwirkung in ihrer Stadt? Kirchliche Gassenarbeit Bern

NR 34: AUF AUGENHÖHE MIT GEFLÜCH-TETEN? EIN POSTKOLONIALER BLICK AUF FALLSTRICKE DES «HELFENS»

Durch das verstärkte zivilgesellschaftliche Engagement auf lokaler Ebene eröffnen sich wichtige Perspektiven in eine offenere, solidarische Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es aufgrund des Machtgefälles zwischen «Helfenden» und «Hilfeempfangenden» auch die Gefahr, koloniale Denkfiguren zu reproduzieren und neue Abhängigkeiten zu schaffen.

Sarah Schilliger (Soziologin, Allianz gegen Racial Profiling, Wir alle sind Bern)

NR 35: GRENZENLOS GLÜCKLICH

Grenzen trennen Menschen! – entlang der Staaten, aber auch in unseren Köpfen. Wie schaffen wir es, diese Grenzen aufzuspüren, zu konfrontieren und zu überwinden? Helft mit und lasst uns gemeinsam darüber diskutieren und Wege erarbeiten, die Grenzen zu sprengen, die uns alle voneinander trennen.

Weaeleben

NR 36: AUTONOME SCHULEN – PARTIZIPATIVE BILDUNG

Sprachliche Ermächtigung, die Fähigkeit, die Landessprache zu verstehen und sich in ihr auszudrücken, ist der politischen und kulturellen Partizipation migrantischer Menschen gewiss förderlich. Aber Bildung erschöpft sich nicht im Sprachkurs.

Bei gemeinsamen Bildungsprojekten von Migrant*innen und Einheimischen könnten die verschiedenen Erfahrungen in einer Lerngemeinschaft vermehrt partizipativ zum Tragen kommen. – Wie aber sehen partizipative Lernformen im Sprachkurs aus, wo klare Wissensasymmetrien herrschen? Es geht in diesem Workshop um Sensibilisierung. Um die Wahrnehmung von larviertem Paternalismus und anwaltschaftlichem Handeln, von unbewussten pädagogischen Orientierungen an Anpassung und Normalisierung usw.

Berhanu Tesfaye, Maryam Darvishbeigi, Mohamed Whab, Paul Leuzinger (alle Autonome Schule Zürich)

NR 37: MIGRATION ALS FREIHEITSRECHT

Um mit Migration gelassener umgehen zu können, muss ein Mentalitätswandel stattfinden – dahingehend, dass Menschen ein Recht auf Einwanderung haben. Als Ausgangspunkt muss die Grundlage für jede faire Bestimmung des Gemeinwohls gestärkt werden: das Mitgefühl für andere – Leid und Freude zu verspüren für das Leid und die Freude der anderen, basierend auf der Vorstellung, wie wir uns fühlen würden, wenn wir in ihrer Situation wären.

Prof. Dr. Martino Mona (Rechtsphilosoph), Uni Bern Jacob Schädelin, netzwerk migrationscharta.ch [Moderation]

NR 38: SANCTUARY CITIES IN DER SCHWEIZ? PERSPEKTIVEN UND RECHT-LICHE KONTEXTUALISIERUNG

Zufluchtsstädte bieten ihren Bewohner*innen unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu Recht und politischer, sozialer und ökonomischer Teilhabe. Darum weigern sie sich, undokumentierte Stadtbewohner*innen auszuschaffen. Wir diskutieren, wie Sanctuary Cities in der Schweiz Wirklichkeit werden können und welche rechtlichen Hürden überwunden werden müssen.

Alexandra Büchler (Uni Bern; Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers; Wir alle sind Bern), Manuela Hugentobler (Uni Bern; Demokratische, Juristinnen und Juristen Bern; Schweizerisches Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law)

NR 39: LEBEN ALS SANS-PAPIERS: EIN STADTRUNDGANG

Zum Arzt gehen oder die Polizei rufen? Bankkonto eröffnen oder Arbeit finden? Heiraten oder ein Handyabo lösen? Für «Sans-Papiers» schwierig bis unmöglich. Über das Leben ohne Aufenthaltsbewilligung und die Chancen einer «City-Card» erzählt die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers auf dem Stadtrundgang. [Achtung: Start vor dem Haupteingang des Bundeshauses, Startzeiten: Samstag, 16:00, Sonntag 14:00]

Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers Stapferhaus Lenzburg

NR 40: EINSCHLUSS UND AUSSCHLUSS: FORMEN KOLLEKTIVER TEILHABE AUF DEM LAND

Rural Citizenship – wie funktioniert im ländlichen Raum die Integration von Geflüchteten und Migrant*innen? Sie schildern ihre Erfahrungen und berichten von Chancen und Hindernissen.

Ueli Wildberger (Solinetz Zürich) [Moderation], Martin Strauss (Solinetz Frauenfeld), Hisham Salloum (Solinetz Zürich), Bernadette Labhart, Kontaktgruppe Rodersdorf (SO), Maya Rechsteiner, Kontaktgruppe Rodersdorf (SO), Sylvia Suter (b'treff Bütschwil/SG)

NR 41: CONFLICT IN THE CITY! ANEIGNUNG VON ÖFFENTLICHKEITEN IN ANTIRASSISTISCHEN KÄMPFEN.

Entgegen den Versprechen von institutionalisierten Mitwirkungsprozessen ist selbstbewusste und (rassismus)kritische Mitgestaltung eines «weissen» öffentlichen Raumes kaum möglich. In diesem Workshop geht es daher um ein Verständnis der Stadt als Raum migrantischer Kämpfe, deren kulturelle Produktivität neue Räume der Alltagsdemokratie schaffen kann («act of citizenship»).

On demand the workshop will be held in english

Halua Pinto de Magalhães (Rassismusstammtisch, Wir alle sind Bern), Autonome Schule Zürich

NR 42: GESELLIGKEIT IST GOTTES NAME

Teilhabe für alle – aus biblisch-theologischer Perspektive: Die Herausforderung, unterschiedlichen Menschen Teilhabe am Zusammenleben zu gewähren, ist in der Bibel ein sehr zentrales Anliegen. Dem soll anhand von Texten nachgegangen werden, mit der Grundannahme, dass der biblische Gott ein "geselliger Gott" ist (gemäss Kurt Marti, dem Berner Pfarrer und Dichter).

Li Hangartner (Theologin), Prof. em. Pierre Bühler

NR 43: STAMMTISCHGESPRÄCH – WEM GEHÖRT DIE STADT?

Wie sähe eine Stadt aus, in der alle, die da sind und die noch kommen werden, auf Augenhöhe teilhaben können? Von dieser Frage ausgehend setzen wir uns in diesem Workshop damit auseinander, wie weit angesichts einer dominanten Stellung von Investor*innen in der Stadtgestaltung, fehlendem Raum ohne Konsumzwang für Jugendliche, strukturellem Rassismus und Alltagsrassismus sowie Verdrängungsprozessen auf dem Wohnungsmarkt Vision und Realität auseinanderklaffen und was zu tun ist. An unserem Stammtisch gibt es Platz für alle Teilnehmenden, die ihre Meinung äussern möchten, und für die eingeladenen Gäste, die sich schon länger mit der Thematik auseinandersetzen.

Mithra Akhbari (Institut Neue Schweiz) [Moderation], Daniel Mullis (Recht-auf-Stadt-Aktivist, Frankfurt), Christine Seidler (Dencity), Jonas Aebi (Recht-auf-Stadt-Aktivist, Basel)

NR 44: KIRCHE FÜR ALLE – HERAUSFORDERUNG UND CHANCEN

Christliche Migrantinnen und Migranten in der Schweiz treffen sich in Migrationskirchen und -gemeinschaften, um ihren Glauben in ihrer Sprache und Tradition zu pflegen und sich mit Landsleuten auszutauschen. Die verschiedenen Gemeinschaften kennen unterschiedliche Organisations- und Partizipationsformen. Wie sehen diese aus? Und was bedeuten sie für die Zusammenarbeit mit der Ortskirche?

Vertreter*innen aus Migrationskirchen, Eveline Sagna (Katholische Kirche Region Bern), Dinah Hess (Zentrum für Migrationskirchen, Zürich-Wipkingen), Sabine Jaggi (Ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn)

NR 45: MUSLIM*IN SEIN IN DER SCHWEIZ

Wie leben Muslim*innen inmitten des dominanten Westens mit dem herrschenden Topos, der Islam sei rückständig und unvereinbar mit westlichen Werten wie Modernität, Gleichberechtigung sowie Freiheit? Verstärkt dieser Topos eine Hinwendung zu einem Islam, der die westliche Entwicklung als Korruption des muslimischen Glaubens und westlichen Einfluss als Bedrohung seiner Reinheit betrachtet?

Rifa'at Lenzin (Interreligiöser Thinktank), Dr. Amir Sheikhzadegan (Uni Freiburg), Ali-Mert Öner (Verein «Al-Rahman: Mit Vernunft und Hingabe»), Verena Mühlethaler [Moderation]

NR 46: HELLOWELCOME – RESSOURCEN VON GEFLÜCHTETEN NUTZEN

Flüchten. Ankommen. Heimat finden. In einem Land, dessen Sprache ich nicht verstehe. Sprachlosigkeit aushalten – und über winden. Willkommen sein. Heimisch werden. Ein kurzer Blick in ein Projekt, das mitten in Luzern versucht, die Ressourcen von Geflüchteten zu nutzen und gemeinsam mit ihnen das Zusammenleben zu gestalten.

HelloWelcome-Team, Luzern

NR 47: SCHUTZ, RECHTE UND PARTIZI-PATION. WIE LEBEN STAATENLOSE IN DER SCHWEIZ

Staatenlose? Sind das Sans Papiers? Staatenlose sind Personen, die keine Staatsangehörigkeit haben. Es sind Menschen, die von keinem Staat der Welt als Bürger*innen anerkannt werden. In der Schweiz leben bis zu 2000 Staatenlose. Doch sie sind in der öffentlichen Debatte kaum präsent. Wie wird eine Person staatenlos? Welche Rechte haben Staatenlose? Und wie können sie ihre politische Teilhabe sichern? Im Workshop wollen wir versuchen eine Antwort auf diese Fragen zu finden.

Barbara von Rütte, Universität Bern & humanrights.ch

	19:00 Uhr		20:00 Uhr		21:00 Uhr		22:00 Uh	
1 BRASSERIE LORRAINE Quartierstrasse 17						NÓWFRAGO		
2 DACHSTOCK REITSCHULE								
3 DU NORD Lorrainestrasse 2								WI
4 FRAUENRAUM REITSCHULE		 		 				DA
5 GRAFFITI Scheibenstrasse 64					RADIO REB	LDE SOUND	SYSTEMA	
6 ISC Neubrückstrasse 10							ТВА	
7 KAIRO Dammweg 41							TRASH TH	URG
8 KAPITEL Bollwerk 41								
9 KINO IN DER REITSCHULE	FREITAG SAMSTAG	DAS GEGEN	TEIL VON GR DAS GEGEN			OKEY BEING	ALS PAUL OKEY	ÜBE Al
10 LUNA LLENA Scheibenstrasse 39					LOS TRANS	ATLANTICOS	i	
11 Q-HOF Quartierhof 1	SUPPE, GLÜ	HMOST UND	MAGENBRO	ŗ				
12 OBOLLES Bollwerk 35								
13 ROCKAWAYBEACH Speichergasse 35	PSYCHO-JOI	NES – BINGO	SHOW & DJ	\$ET				
14 SOUSLEPONT REITSCHULE							PAPAYA FU	JZZ
15 TOJO THEATER REITSCHULE BERN	FREITAG SAMSTAG	«SHOW		HAUTVERD OS» ONCE	ÄCHTIG? IN A LIFETI	ME		
16 TURNHALLE Speichergasse 4							PAT MUVE	MBE
17 WARTSAAL Lorrainestrasse 15						DIE ZWEI		
18 ZOO BAR Lorrainestrasse 69 (Eingang Talweg)			FRUTTI DI M	ARE			DJ'S UEDE	SUA

DIE TOUR DE LORRAINE ALS SOLIDARITÄTSFEST

Mit den Einnahmen aus dem Bändeliverkauf für die Tour de Lorraine werden emanzipatorische soziale und politische Projekte und Basisorganisationen unterstützt, die sich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen. An vierteljährlichen Vorstandssitzungen wird über die Unterstützungsanträge entschieden. Dabei werden Beträge zwischen einigen hundert und ca. 5000 Franken gesprochen.

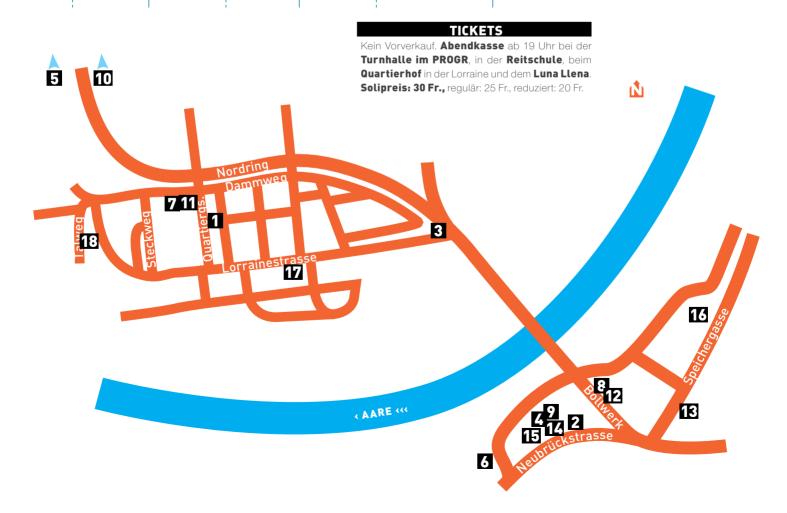
Die Unterstützungsbeiträge sind jeweils auf der Website der Tour de Lorraine aufgelistet. Vorstandsmitglieder des Vereins Tour de Lorraine sind Personen aus folgenden Gruppen: attac Bern, Augenauf Bern, OeME-Kommission der Stadt Bern, Décroissance Bern, Transition Bern und GSoA-Regionalgruppe Bern. Alle Mitglieder der Organisationsgruppe und des Vorstands arbeiten ehrenamtlich.

UNTERSTÜTZUNGSBEITRÄGE 2017:

- Müli26 bleibt, Widerstand gegen Gentrifizierung in Basel, Verein Stadtselbst Basel: mülhauserstrasse26.ch
- Collectif contre la spéculation sur les matières premières (CCSMP), das Gegenforum mit Demo zum Jahrestreffen der Rohstoffhandelsfirmen in Lausanne: stop-speculation.ch
- Leporello 2017, das Faltbuch zu 30 Jahre Reitschule Bern
- **Gruppe Partenza für die Kampagne Merci Schweiz!?**Kritik am Nationalismus, Mai 2017
- Antiracup Soletta, antirassistisches Fussballturnier in Solothurn, 19./20.8.2017: antiracup.ch
- Forschungskollektiv «Rassismus vor Gericht»:
 - $Workshop\ Prozessbeobachtung\ in\ der\ Schweiz:\ stop\ -racial\ -profiling. ch$
- Informationsplattform Barrikade, Lancierungsunterstützung: barrikade.info
- $\ \ \, Fl\"{u}chtlingschortogether-gemeinsam-insieme-juntos-ensemble$
- Schüler*innen-Demo «Gemeinsam für Bildung» in Bern, 20.3.2017 gegen den Leistungsabbau im Bildungsbereich
- $\quad Mobilisierung sveranstaltung \ für \ die \ Proteste \ gegen \ den \ G20-Gipfel \ in \ Hamburg$
- Solidaritätslauf der Beratungsstelle für Sans Papiers Bern, 2.9.2017: solidaritätslauf.ch
- FemWo. Feministisches Wochenende, 31.8. 3.9.2017; femwo.ch

- **Queer Fear,** queerfeministisches Politfestival in Bern, 22. 24.9.2017: queerfear.ch
- **Feministisches Forum (FuF),** wöchentliche feministische Austausch-, Aktions- und Vernetzungsplattform: feministis.ch
- «Endlich Wachstum», Ausstellung in Bern zum Thema Grenzen des Wachstums und Alternativen dazu, Oktober 2017: endlich-wachstum.de
- Rahmenveranstaltungen in der Schweiz der Nichtregierungsorganisation La Poderosa, anlässlich ihrer Reise zur UNO nach Genf, Oktober 2017. La Poderosa organisiert Widerstand gegen die Kriminalisierung, Repression, Folterung und Schikanen durch Sicherheitskräfte in lateinamerikanischen Slums.
- Wir alle sind Bern organisiert Stadtforen und das Café CosmoPolis, setzt sich ein gegen Racial Profiling, für eine solidarische Stadt und die City Card: wirallesindbern.ch
- Gruppe Sparpaket weg, Demos und Aktionen gegen die kantonale, neoliberale Finanzpolitik: kahlschlagstoppen.noblogs.org
- Selbstorganisierter Sonderzug nach Hamburg an den G20-Gipfel: sonderzug-nog20.org
- Bildungsplattform Openki, selbstorganisiertes Lehren & Lernen: openki.net
- Augenauf-Projekt «deine Rechte refugees» online: rechte-asyl.ch, Informationsbroschüre zur rechtlichen Situation und Möglichkeiten für Geflüchtete (in mehreren Sprachen): augenauf.ch
- **Süri,** Solidarisches Gemüse, Vertragslandwirtschaftsprojekt in Bern: sueri.org

	23:00 Uhr		0:00 Uhr		1:00 Uhr	(5:30 Uhr
	THE STRING	STRANGLER	RS	INTERNAZI	ONALE TRAS	SH RIBELLE	
	TEQUILA BO	YS		D'IN INCON	NUE		
LIBALD			I MADE YOU	A TAPE			
POLITIC	:S	BERG 8	k BERG		DJ GRRRL IN	THE GARAGE + D	ITRJX
	1280 ALMAS						
	PETER	RKERNEL		BLIND	BUTCHER	DJ BR	OTHER PANTICHRIST
\U			DISCO BIS Z	UM ABWINK	EN		
		MATTO, JØR	G & HAVANI	KUS SPRS			
	ER KAM BER DAS ME	ER KAM					
	NUDGE			DJ DOLCE B	ANANA & PA	ARIS LAMAR	
		ZAYK			TIGERSHEA	D	KATERFRÜHSTÜCK MIT: ZAPPERLIPOPETTE!
	FREIHEIT DI	S CHILLENS	. CHILLEN B	USINESS CL	ASS.		
	RIZZOKNOR	LIVE				BIRD	
	NISU						
/E & BEN	II SEVERO						



BRASSERIE LORRAINE Quartierstrasse 17 21:30 UHR NÓWFRAGO



Mit seinem Debütalbum «In Love With The Blackbird» (Zoey Records/Godbrain) trumpft nówfrago mit einem genuinen Meisterwerk auf.

nówfragos Erstling entführt mit betörenden Melodien und aufgekratzt-melancholischen Ohrwürmern.

Seine verspielten Klangteppiche erinnern an Exponenten des Trip-Hops, an Musique concrète und an zeitgenössische Songwriter wie Patrick Watson oder Beck. «In Love With The Blackbird "o istein kreatives DIY-Produkt: Es wurde von n'ow frago inEigenregie produziert und an verschiedenen Orten aufgenommen. Für die Aufnahmen komponierte er im einsamen Norden Norwegens und sammelte Sound-Trouvaillen an seinen Lieblingsorten. Schlagzeug, Perkussion, Melodica, Keyboards und mehr wurden von ihm selber eingespielt. Die Produktionskosten wurden durch Crowdfunding und Eigenmittel gedeckt und das Cover wurde eigenhändig gesiebdruckt.

Mit nówfrago meldet sich eine eigenständige und beseelte Stimme – selten klang ein Debütalbum so einzigartig wie «In Love With The Blackbird». Das Werk ist eine Sensation und eine Rarität!

23:00 UHR THE STRING STRANGLERS



The String Stranglers spielen irisch-amerikanischen Gipsy-Folk mit Bluegrass-Einflüssen und einer grossen Portion Punk. Wild, laut und frei interpretierte Folk-Melodien mit akustischen Instrumenten.

00:30 - 3:30 UHR **INTERNAZIONALE TRASH RIBELLE**

Internazionale Trash Ribelle ist ein internationales DJ- und Selecter-Kollektiv: Unser Ziel ist, den Kapitalismus und seine verhassten Pop-Agent*innen überall zu bekämpfen und umzuwerfen, um eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Unsere Schlachtfelder sind Beizen, Diskotheken, Strände und überall, wo wir unsere Waffe auspacken können; die



Die vom Kanital erschaffene kommerzielle Popmusik ist Opium für die Völker und unsere Köpfe. Wir drehen den Spiess um, um dessen Erschaffer zu bekämpfen. Mit Stössen aus mehr als 60 Jahren Sommerhits werden wir siegen.

DACHSTOCK REITSCHULE

AB 23:00 UHR

TEQUILA BOYS

DANACH **DJN INCONNUE**

DU NORD Lorrainestrasse 2

22:30 UHR WILLIBALD



Willibald ist eine verlorene Gestalt, die zwischen bizarren Klängen, verzerrten Saiten, lieblichen Melodien und traurigen Stimmen rumirrt. Klingen tut es nach träumigem Postpunk, noisigem Pop und stürmischem Kuschelrock, Zuweilen lässt es das Augen tränen, aber dann wird bald wieder getanzt. Hier geht es um Alltäglichkeiten wie Apokalypse, wütende Männer, schwankende Brücken oder bezirzende Ängste. Mit drei Köpfen und sechs Armen ist das Biest nun unterwegs und völlig armselig ist das nicht.

24:00 UHR I MADE YOU A TAPE BERN



«Als schaute man einer Band beim Implodieren in Slow Motion zu», hat mal einer gedichtet im Versuch, die Bühnenmomente dieses seltsamen Quartetts aus Bern einzufassen. Seit 2014 schiebt I MADE YOU A TAPE schon Nachtschicht mit dem Ziel von Eigenständigkeit, mit dem Preis von Langsamkeit. Auf zwei Extended Plays, einer selbstgemachten Kassette und einer Doppelsingle ist diese Entwicklung zu begleiten, die nun mit dem ersten Langspiel an einem Scheitelpunkt sich verdichtet, als stolzer Release auf weissem schwarzem Gold zur Erlösung kommt. Bruchstücke alter Kassetten featuring den Soundtrack einer Jugend. Auf die Pedale starren, im Flimmern alter Klaviaturen baden, rechtzeitig vor der Stilkopie abbiegen: Gebrochene Retrofantasien in gebrochenen Liedstrukturen – und darüber ein Geflecht aus Pop und Chlor, aus Gitarren und Glitzer, aus Stolz und Jugend. «Proud And Young» fächert eine stilistische Neugier auf, ohne den originären, in all den Nachtschichten formulierten Soundnukleus je preiszugeben.

FRAUENRAUM REITSCHULE 22:30 UHR **DAT POLITICS**



Seit 1999 ist DAT politics bei weitem einer der extatischsten Electro-Party-Bands dieses Planeten. Ihre energetischen Liveshows erklären den Kult und den Enthusiasmus rund um die französische elektronische Kombo, in der sie seit über zehn Jahren um die Welt touren. DAT politics' Musik ist rau und nonnig – sie schaffen mit ihren Geräten lehendige und ergreifende Melodien und Geräusche, die das Publikum immer wieder aufs Neue überrascht.

23:45 UHR **BERG & BERG**



Ihr Bandname klingt weitaus weniger sexy, als sie es als Bühnen-Duo offensichtlich sind: Berg & Berg stürzen sich mit dir von der höchsten Klippe in einen tropischen Überguss an Synthie-Kaskaden, schwülen Hitzenächten und trippigen Stammestänzen. Was? Genau, dieses Duo lässt dich hoffnungslos eingelullt und willenlos zurück, ihr moderner Pon-Voodoozauber funktioniert tadellos. Mitverantwortlich für diese hynnotische Berg-und-Tal-Fahrt ist sicherlich der tigerähnliche, schnurrende Lockgesang der leidenschaftlichen Sängerin Annie Rüfenacht, die sich auf die gutgepolsterte Beat-Welt ihres Bandpartners Dr. Mo fallen lassen kann. Wie gesagt: Funktioniert tadellos. Oder anders ausgedrückt: Achtung, anziehender Treibsand. Betreten auf eigene Gefahr.

01:00 UHR **DJ GRRRL IN THE GARAGE + DITRJX**

Es wird wild und schön und dies erst recht in dieser Kombi! DJ Grrrl in the Garage und DiTrix legen zum ersten Mal gemeinsam im Frauenraum auf. Kommet in Scharen und tanzt zu dieser einzigartigen musikalischen Fusionsküche. DJ Grrrl in the Garages bevorzugte Zutaten sind Soul, Disco, Electro, Riot Grrrl, Rock'n'Roll, Funk, Punk, Rock, HipHop. Pop, Doo-Wop, Cabaret und Garage. Die Wirkungen bei Konsum sind screamlaugheryfeeldance! Uuuh veah! DiTrix' musikalische Vorlieben kennen keine Grenzen. Von Edith Piaf bis Angel Haze – ihr Ziel ist es, uns die ganze Nacht tanzen zu lassen.

GRAFFITI Scheibenstrasse 64

21:00 UHR

RADIO REBELDE SOUND SYSTEMA



Rebellische Sounds von Reggae, Ragga und Dub über Flamenco, Rumba, Patchanka, Cumbia, Afro, Salsa bis hin zu Hip Hop und Drum 'n' Base. Das Ganze geschmückt mit rebellischen Texten voller Hoffnung und Energie für eine vielfältige Welt, die von unten gestaltet wird.

An der Tour de Lorraine ist das Radio Rebelde Sound Systema für die Warm-up-Party besorgt und wird den Abend mit tanzbaren Sounds und grenzenlosen Beats eröffnen.

23:00 UHR



1280 Almas ist eine legendäre Untergrundband aus Bogotá, welche längst zu den wichtigsten Exponenten des kolumbianischen Rocks zählt. Die Band spielteine Mischung aus Rock, Punk, Ska, Reggae und tropischen Rhythmen mit subtilen Texten über die soziale und politische Situation in Kolumbien. Gegründet 1992 im Zeitalter der Kassette, erlangte die Band schnell Kultstatus und veröffentlichte 1996 mit «Marineros» einen zeitlosen Rock-Klassiker in Lateinamerika. Heute können die «Almas» auf 25 Jahre kolumbianische Musikgeschichte zurückblicken, in denen 7 Alben und 3 EPs veröffentlicht und unzählige Konzerte zum Besten gegeben wurden. Liveauftritte der Band sind ein Phänomen und hinterlassen stets eine von der mitreissenden Musik angesteckte, tanzende und feiernde Pogogemeinde mit in die Luft gestreckten Fäusten.

«Las Almas» stehen repräsentativ für den kolumbianischen Rock. Für ein Land, dass auf Blut reitet, ein Ektoplasma aus Schmerz, Freude und Traurigkeit, in dem jegliche Realität zu einem Phantom verkommen scheint. Und trotz einer scheinbar ausweglosen Situation verbreitet die Musik der Almas Hoffnung und immer wieder ansteckende und grenzenlose Lebensfreude.

ISC Neubrückstrasse 10

22:00 UHR

TBA

23:15 UHR PETER KERNEL



00:45 UHR



DIE GROSSE KUNST DER REDUKTION:

BLIND BUTCHER ist ein abstrakt musikalisches Duo aus Luzern (Schweiz) in Glitterleggins und einer irritierenden Post-Punk-Rock-Attitüde. Sie bedienen sich seit ihrer Gründung 2010 unerschöpflich an Rock 'n' Roll, New und No Wave, Suicide-Disco, Punk, Blues, Krautrock, NDW oder der Countrymusik und kreieren so ihren ganz eigenen DISCO TRASH SOUND, der einzigartiger nicht sein könnte. 2014 ist ihr Erstling erschienen (produziert von Steve Albini im Electrical Audio Studio in Chicago) und seither spielten sie unzählige Konzerte in der Schweiz und in Europa. Neben BLIND BUTCHER spielen beide noch in diversen Nebenprojekten (Pierre Omer, the Shit, Grey Mole) oder produzieren Film- und Theatermusik: «Die Brücke über den Fluss» (Jadwiga Kowalska 2016), «Undine – Die kleine Meerjungfrau» am Luzerner Theater (Claudia Brier 2015).

Für Voodoo Rhythm Records haben sie das Album «ALA-WALAWA» eingespielt und haben ihren Verstand komplett verloren, kreieren ein debiles, unangepasstes neues Musikuniversum, gesungen in Englisch, Deutsch oder Kauderwelsch abwechselnd, mit limitierter Wortwahl, ausser bei «ALLES MACHT WEITER», wo der Text von Rolf Dieter Brinkmann stammt. BLIND BUTCHER widerspiegeln eine Generation, die sich frei gestalten will, ohne Grenzen. So singen sie den Song ALAWALAWA ganz in einer Fantasiesprache, oder bei Staubsaugerbaby einen Nonsens, für Interpretationsspielraum. Musikalisch sind DEVO präsent oder auch CAN, die deutsche Krautrocklegende. Live sind BLIND BUTCHER ein Erlebnis und werfen den Zuschauer von einem treibenden Beat in einen unerwarteten Wechsel, der zum Schmunzeln verleitet.

01:45 BIS MAX 05:00 AFTERPARTY DJ BROTHER PANTICHRIST

KAIRO Dammweg 41

22:00 UHR TRASH THURGAU



Trash Thurgau ist eine Band, die sich um den charismatischen Frontman Graf Trash formt und zu $66.6\,\%$ aus dem Kanton Thurgau stammt.

Sie hat sich ganz dem sogenannten Tresterrock verschrieben. Trester sind die pflanzlichen Rückstände, die bei der Saftgewinnung zurückbleiben und oft als Dünge- oder Futtermittel enden, in selteneren Fällen aber auch zu Obstbrand veredelt werden. Dieser Prozess widerspiegelt sich im musikalischen Schaffen der Band: Waghalsig stürzen sich die drei Bandmit-

glieder in jedes erdenkliche Musikgenre. Mit kühnem Songwriting und wirren Texten gelingt es ihnen, den Saft abzupressen, bis der charakteristische Trester-Trash übrig bleibt. Futter für die Säue oder edlen Schnaps für den Geniesser? Diese Frage darf sich ein jeder selbst beantworten.

Einzig zu den Texten soll noch gesagt werden, dass sie stets aus dem Leben gegriffen sind und darum nur wenige kalt lassen. Wie kocht man eine Suppe? Wie bestellt man ein Bier oder ein Z'mittag? Was packt man in einen Rucksack? Die tiefgründigen Fragen werden vom Sänger unverfroren und oft so lange angegangen, dass man die Antwort gar nicht mehr hören will. Trotzdem dürstet man nach mehr.

AB 24:00 UHR

DISCO BIS ZUM ABWINKEN

KAPITEL Bollwerk 41

AB 23:30 UHR

MATTO HOT JAM,

JØRG & HAVANISKUS SPRS DEINS&MEINS

LUNA LLENA Scheibenstrasse 39

21:00 UHR

LOS TRANSATLANTICOS

Die Berlin-Bogotá-Connection spielen einen modernen Mix aus Cumbia Fusion, der mal lateinamerikanisch und mal afrikanisch klingt und beweist, dass auch ein vertrackter Sound mit unglaublich vielen Tempowechseln eine Konzerthalle zum Kochen bringen kann.



OBOLLES Bollwerk 35

23:00 UHR



Irgendwo zwischen Komposition und Impro, zwischen Ausgeschriebenem und Neuentstehendem bewegen sie sich auf dem Terrain des Elektros, kurz vor Funk, Rock und Psychedelic Jazz.

OBOLLES Bollwerk 35

00:30 UHR

DJ DOLCE BANANA & PARIS LAMAR

DJ Dolce Banana & Paris Lamar sind vom Game berufen, den Internetzkompass auf OORNB und auf antisozialen Teutonenrap geeicht. Prosecco und Gunschots für Proletos und Tanzgods.

Q-HOF Quartierhof 1

AB 19.00 SUPPE, GLÜHMOST UND MAGENBROT

Wie jedes Jahr im Garten vom Lebensmittelladen «Die Q».

ROCKAWAYBEACH Speichergasse 35 AB 19:00 UHR

PSYCHO-JONES - BINGO SHOW & DJ SET



Whooo the fooo is Psycho-Jones?

Der Iggy Pop/Helge Snyder-Bastard unter den DJs?
Nein, DJ ist er ja keiner ... Aber was ist er denn dann? Ein
Vampir? Ein Werwolf? Ein Zombie? Ein Punk? Ein Mod? Ein
Rocker? Ein Raver? Ein Popper? Ein Hipster? ... Nee!
Buchstabiert mal: P-S-Y-C-H-O ... genau, macht's Klick?!?
Nur Auflegen gibt's nicht ... Vor der Show wird erstmal fein
mit allen möglichen trashigen Pappaufstellern, vintage Videogames und Dekoelementen umgebaut. Beim Auftritt
gibt es dann Outfits, crazy bis très chic, und selbst gespielte Livepercussions.

Musikalisch beherrscht das intergalaktische Stilchamäleon fast alle Spielarten & Styles: 50s RnR bis Indie, von 60s
Soul bis Electro, von 70s Disco bis Punk & Wave, Powerpop,
Exotica, Swing, Jazz, Hiphop, Bigbeat, Popcorn, Klassik,
Beat, Garage, 70s Glam, 80er, Bums & Trash uvm & das ohne Laptop oder Hightech-DJ-Tools. PlattenschleppenWork-Out, Baby & nix Laptopface & Mp3.Rettungsringe!
Wilde Action, gute Laune und Partychaos garantiert und irgendwas mit Bingo! Aber kommt und sehet selbst.

SOUS LE PONT REITSCHULE

22:00 UHR

PAPAYA FUZZ FRIBOURG | IMPERIAL GUARD RECORDS



Papaya Fuzz is a garage-punk band from Fribourg, Switzerland. Influenced by the CRAMPS, the DRAGS, the SEEDS and lots of other garage and punk-rock bands, this album, recorded live on tapes in Toulouse by Lo'Spider, sounds really primitive and raw, with some disgusting fuzz here and there. They've got bad taste!

23:30 UHR 7AYK ZÜRICH | BONGO JOE RECORDS



ZAYK-ein Konglomerat bestehend aus zwei Gitarren, Bass, Synthesizer und Schlagzeug, welche sich zu einem vielschichtigen Gemenge vermischen, sich zu einem seidenen Teppich verflochten emporheben, um in dunkle und helle, weite und zerrige Höhen abzudriften. ZAYK komponiert hauptsächlich instrumentale Musik für den unmittelbaren Moment. Die entstehenden Klangwälder lassen der Improvisation und dem Augenblick den Vortritt. Was sich aus den gut vier Jahren ungezwungenem Musizieren und Experimentieren im Bandraum und etlichen Konzerten herauskristallisiert hat, lässt sich auf bisher zwei in Zusammenarbeit mit dem Label Hot Dogma Records veröffentlichten Alben anhören: Im Oktober 2015 erschien das selbstbetitelte Debutalbum «Zayk». Im März 2017 wurde das Zweitalbum «Durch den Äther» auf dem Label Bongo Joe released.

01:00 UHR TIGERSHEAD ST. GALLEN | DIY



Mit live gespielten Instrumentals und treibenden Technodrums entführen dich die Jungs von Tigershead mit ihrem Biotechno in eine Welt durchtanzter Nächte und hellwacher Tagträume.

Das ist sowohl Musik für den unverwüstlichen Clubgänger als auch für den steppenden Konzertbesucher. Musik für verträumte Partytiger, die sich durch den Dschungel verwobener Melodien tanzen.

05:30 UHR KATERFRÜHSTÜCK MIT: ZAPPERLIPOPETTE! BASELIDIY



ZAPERLIPOPETTE!
NIQUE LA POLICE

TOJO THEATER REITSCHULE BERN AB 23:00 UHR BIS ZUM KATZEN- UND KATER-ZMORGE: «FREIHEIT DES CHILLENS. CHILLEN BUSINESS CLASS»

Chill-in, Chill-up and Chill-down mit den Saftschubsen vom Tojo Kollektiv.

Unter Chillen versteht jede*r etwas anderes. Jede*r kommt auf ihre*seine Art runter, in dem Fall heisst das geflügelte Wort sogar: «Runter kommen sie immer».

Jede*r entspannt auf ihre*seine Art, mit Nackenhörnchen, Stützstrümpfen oder Super Snoozer. Mit B-Movies, einem Krimi, mit Coffee, Tea or Milk please oder mit einem Tomatensaft. Mit Parfum, Schokolade oder Armbanduhren aus dem Duty-free-Angebot. Oder man wiegt sich in der standardisierten Sicherheit der zeitlosen Uniformen der Flight Attendants. Der Erdanziehung enthoben, ist die Freiheit über den Wolken wohl grenzenlos. Alle Ängste, alle Sorgen bleiben darunter verborgen und alles, was uns gross und wichtig erscheint, wird plötzlich nichtig und klein.

Im Dichtestress der Tour de Lorraine bereitet die Cabin Crew der Tojo Air powered by Consensus Alliance ihren Passagieren einen Hafen der Ruhe, einen Airport der Schwerelosigkeit oder kurz gesagt: Macht den Tojo Liner zu deiner Comfort Zone und deinem Happy Place. And: Fasten seatbelts, this is a smoking flight! Chill-up — Chill-along — Chill-down! Im Tojo herrscht absolute Chillensfreiheit.



TURNHALLE Speichergasse 4

22:00 UHR
PAT MUVEMBE



Pat Muvembe ist eine Art Institution, wenn es um elektronische Musik in der Schweizer Hauptstadt geht. Seit den frühen 90ern ist er als Dj mit Auftritten in historischen Schweizer Locations wie der Alten Markthalle in Bern oder dem Love Zoo in Neuchâtel unterwegs. Er war er auch passionierter Vinyldealer und Besitzer des legendären Plattenladens Schwarz Markt Music. Heute moderiert er unter anderem die Galaxy Space Night beim lokalen Radiosender RaBe und ist Mitglied des Plattenlabels Sirion Records. Durch all diese Erfahrungen und jahrelange Hingabe erreichte Padi ein umfangreiches musikalisches Wissen über die elektronische Musik.

KONZERTE NR. 26 / JANUAR 018 | ANTIDOT INCL.

23:00 UHR RIZZOKNOR LIVE ZH



Vor 12 Jahren entdeckte das Trio einen unberührten Pfad an der Schnittstelle von elektronischen, psychedelischen und rockigen Sphären.

Als moderne Alchemisten haben Daniel, Dominique und Georg ihren einzigartigen Kraut-Techno über eine Dekade der Live-Experimentierung zementiert. Kompositionen gemischt mit Improvisation, wiederholende Riffs in Harmonie mit modulierenden Melodien entwickeln sich zu epischen musikalischen Gesten. Jede Performance nimmt das Publikum auf eine neue Reise mit. Das Ziel ist aber bekannt, und ein frenetischer Tanz geht durch die Menge.

Rizzoknors Ästhetik ist stark durch Helden der Vergangenheit geprägt (Grateful Dead, Pink Floyd, Led Zeppelin, J.J. Cale, Neu, Can und Johnny Cash). Ihr Sound entwickelte sich im Austausch zwischen dynamischen, abgefahrenen Musikszenen in Zürich und Berlin. Über lange Zeit hinweg teilten sie internationale Bühnen mit bekannten Grössen der elektronischen Clubmusik (Acid Pauli, Stimming, Kalabrese, Oliver Koletzki, Bonaparte, Madmotormiguel, Ricardo Villalobos ...).

Die drei Zürcher Kumpane reiten die Underground-Welle und definieren den Zeitgeist von angesagten Clubs und Festivals in Europa.

01:30 UHR
BIRD SIRION RECORDS



Bird ist als Patrick Stucki zu Beginn der wilden Siebziger in den Schweizer Bergen geboren. Die Musik übte über Radio und die elterliche Tonträgersammlung schon von Beginn seines Lebens an eine grosse Faszination aus.

Wie viel ihm die Musik bedeutet, was seine Einflüsse sind und wie der Werdegang zum DJ vonstatten ging, ist in diversen Biographien schon ausführlich von anderen niedergeschrieben worden und würde nichts weiter als eine Wiederholung von anderen DJ-Lebensläufen darstellen.

Wer Bird erleben will, folgt ihm, anstelle von stundenlangem Biographielesen, an seine Gigs und lässt sich von seiner Definition der Housemusik einfangen.

WARTSAAL Lorrainestrasse 15

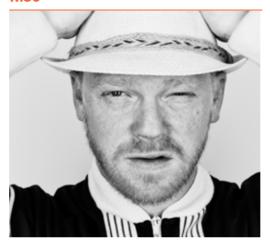
21:30 UHR



DIE ZWEI machen puren Rap, ohne Schnickschnack. «Die Saga von Benja und VanRhymes» klingt nach Underground, aber bei weitem nicht nur. Partytracks und entspannte Songs runden das Profil ab.

DANACH:

NISU



Errappt, er singt, spielt hier ein bisschen Handorgel, da ein Perkussions-Solo, und trällert auf allem herum, was ihm in die Finger kommt. Was er nicht live spielen kann, hat er im Studio selber reingehämmert. Ein wildes Feuerwerk aus Tönen und Worten, von Bern aus abgefeuert, sichtbar meilenweit, verständlich überall.

«Wer nicht singen kann, wird Rapper, und wer gar nicht mal so schlecht singt, der macht am besten beides.» Nisu Tanner

UND AUSSERDEM:



AUSSTELLUNG «SCAPPARE LA GUERRA»

Vor dem Kriea flüchten

Das Jahr 2015 hatte für unseren Kontinenten eine starke Bedeutung. Der Krieg in Syrien ist nach Europa gekommen: Männer, Frauen und Kinder haben ihre Heimat verlassen und versucht, ihr Leben zu retten. Auf diesem Weg zu einem neuen Leben sind über eine Millionen Menschen nach Europa gekommen.

Ein Symbol dieses Exodus ist die Balkanroute und insbesondere die Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien. Dort treffen die beiden Protagonisten des Projektes, Idomeni (Griechenland) und Gevgelija (Mazedonien) aufeinander. Für die Flüchtlinge ist das Erreichen dieses Ortes ein wichtiger Meilenstein im Vorankommen nach Europa. Der Fotograf Luigi Ottani und die Künstlerin Roberta Biagiarelli haben im Jahr 2015 mehrere Monate in diesen zwei Städten verbracht. Das Ergebnis dieser Erfahrung sind mehrere Fotos und ein Buch, welche die Situation aus einer neuen Perspektive zeigen. Die Bilder und die Geschichten sind wertvolle Dokumente und geben uns die Möglichkeit, eine Meinung zu bilden ohne Stereotypen und Rhetorik.

ZOO BAR Lorrainestrasse 69 (Eingang Talweg) 20:00 UHR

FRUTTI DI MARE

Die drei Muttersöhne von FRUTTI DI MARE spielen auf zum eklektischen Ohrenschmaus aus allerlei bittersüsser Ostmukke. Mal laut, bald leise, zwischen Tanz, Tand und sanftem Samt.

FESTIVALRADIO RADIO RABE

Die mehrsprachige Redaktion des Radioprojekts «vox mundi», welche sich mit alternativen Möglichkeiten der Teilhabe und Partizipation jenseits von Herkunft und Ausweis-Identitäten beschäftigt und gleichzeitig ein Vorzeigeprojekt in diesem Bereich darstellt, begleitet das Festival mit Live-Schaltungen und umfassender Berichterstattung auf dem Stadtradio RaBe.

AFTERPARTY BIS 3:30 UHR MIT UEDE SUAVE & BENI SEVERO DJS







BEST OF TEILHABE

Überall gibt es Projekte und Kollektive, die Teilhabe, Mitbestimmung und Mitgestaltung durch alle zum Ziel haben. An der diesjährigen Tour de Lorraine wollen wir die besten Ideen und Projekte dazu präsentieren. Schickt eure Hinweise zu Projekten bis zum 15. Januar 2018 an medien@tourdelorraine.ch, Kennwort: Best of Teilhabe.

SCHREIBWETTBEWERB TEXTEN

Bleistift spitzen oder in die Tasten hauen: Gesucht werden Texte in Poesie oder Prosa zum Thema «teilgehabt». Die Texte dürfen maximal 5000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) lang sein. Eine Jury wählt die besten Texte aus jeder Kategorie aus. Diese werden anschliessend online veröffentlicht. «Nomination Night» am 27. April und «TEXTEN-Finale» am 25. Mai in der Heiliggeistkirche Bern. Einsendeschluss: 20. Februar an texten@offene-kirche.ch



BASEL: NICHT OHNE UNSERE FREUND*INNEN! SOLIDARITÄT IM HÄRTEFALL

Seit 2015

Nachdem das Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt Anfang 2015 acht anonyme Härtefallgesuche in einer Vorprüfung negativ eingeschätzt hatte, entschieden fünf der betroffenen Sans-Papiers, ihre Gesuche namentlich einzureichen. Dafür lancierte die Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel im Herbst 2015 die Kampagne «Nicht ohne unsere Freund*innen! – Solidarität im Härtefall». Mit Aktionen in der Stadt und einer Unterschriftensammlung, durch öffentlich gestellte Forderungen, eine gemeinsame Gesuchseingabe und unzählige Medienberichte entwickelte sich eine kraftvolle Kampagne. Für die Sans-Papiers selbst war es ein schwieriger, aber ermächtigender Prozess. Sie reichten nicht nur die Gesuche ein, sondern kämpften dafür, gingen auf die Strasse, hielten Reden und sprachen mit den Medien. Auch für die Unterstützenden war es wichtig, Teil des Kampfes zu sein, vom Unterschreiben über das Teilnehmen bis zum Organisieren von Aktionen. Für die Öffentlichkeit war es wichtig zu sehen, dass Menschen ohne Bewilligung hier leben, dass diese Menschen für sich sprechen können und es unzählige Unterstützende gibt, die sich für ein Bleiberecht für alle einsetzen.

Vier der fünf haben ihre Bewilligungen schon erhalten, ein Verfahren läuft noch. Dieser Erfolg ist ihnen nicht zu nehmen. Zudem ändert sich nach dem öffentlichen Kampf die kantonale Härtefallpraxis. Schliesslich bringen die nun Avec-Papiers ihre vielfältigen Erfahrungen an die vielen anderen Sans-Papiers, die es in Basel noch gibt, und machen durch ihr Beispiel Mut, sich einzusetzen und zu kämpfen.

- Fabrice Mangold

nichtohneunserefreundinnen.ch

SCHWEIZ: FAHRENDE ROMA – INFORMATION, MEDIATION UND SENSIBILISIERUNG

Zwischen März und Oktober halten sich regelmässig fahrende Roma aus Westeuropa in der Schweiz auf. Viele gehen hier einer Arbeit nach und haben einen fixen Kundenstamm. Der Mangel an Durchgangsplätzen für die insgesamt zwischen 500 und 800 Wohnwagen führt dazu, dass Romagruppen auf den sogenannten «spontanen Halt» ausweichen müssen. Damit sind kurzfristige Aufenthalte bei Landwirten oder auf Gemeindeflächen gemeint, wo Wohnwagen gegen Miete aufgestellt werden. Die Mehrheit dieser Arrangements verläuft reibungslos. In einigen Fällen kommt es aber zu Konflikten. Obwohl es sich dabei um Einzelfälle handelt, werden sie von den Politikern und Medien regelmässig aufgegriffen und als «illegale Besetzungen» verhandelt. Die betroffenen Roma kommen dabei kaum zu Wort.

Das Projekt «Fahrende Roma in der Schweiz – Information, Mediation und Sensibilisierung» der Gesellschaft für bedrohte Völker und des Verbandes Sinti und Roma Schweiz zielt auf eine Reduktion von Konflikten zwischen fahrenden Romagruppen, Landbesitzenden, Behörden und der Polizei ab. Mit Mediator*innen aus der Gemeinschaft soll das gegenseitige Verständnis erhöht und sollen Lösungen gefunden werden. Da bei den zuständigen Behörden und der Polizei wenig Wissen über die Lebensweise und Kultur der Romagruppen vorhanden ist, wurde im Rahmen des Projekts ein Bericht veröffentlicht, der die Lage und Bedürfnisse der fahrenden Roma wiedergibt und konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation formuliert.

Projekt: gfbv.ch/de/kampagnen/platz-fuer-fahrende-roma/ Bericht: issuu.com/gfbv/docs/fahrenderoma_de_low

BERN: RASSISMUS STAMMTISCH

Seit 2016

 $Mal\,Klart ext\,reden: \ddot{u}ber\,Rassismus\,im\,idyllischen\,Bern\,und$ in der weltoffenen Schweiz – dazu lud das Kollektiv Berner $Rassismus\,Stammtisch\,erstmals\,im\,Juni\,2016\,ein: «Jeden\,Tag$ $treffen\,wir\,Menschen, die\,uns\,als\, <\!fremd\!>\! und\, <\!anders\!>\! sehen.$ Doch was genau ist <Anderssein>? Wer definiert das <Andere>? Und was löst diese Andersartigkeit aus? Machen wir uns nichts vor, wir sind nicht fremd, wir werden zu Fremden gemacht! Wie können wir also mit Anderssein umgehen und eine rassismuskritische Perspektive in den Alltag einbringen?» Den täglichen Wahnsinn diskutieren seither «People of Colour, Bastard*innen und Bioschweizer*innen» jeweils $am\,9.\,des\,Monats\,am\,offenen\,Stammtisch\,im\,PROGR\,in\,Bern.$ Zudem eröffnen sie neue Räume der öffentlichen Debatte: Im November 2016 lud der Berner Rassismus Stammtisch zu einem Wahlbüro gegen die Demokratie mit beschränkter Haftung (DmbH) ein. Am Rande der Stadt- und Gemeinderatswahl in Bern kamen knapp 100 Berner*innen mit unterschiedlichem Status zusammen, teilten ihre Stimmen und diskutierten eine Wahl, an der viele nicht abstimmen durften, obwohl sie in der Stadt leben und Steuern zahlen.

- Halua Pinto de Magalhães

Facebook: bernerrassismusstammtisch



RECHT AUF STADT, RECHT AUF DORF

Bei Urban Citizenship steckt die Stadt im Titel. Ist das berechtigt? Oder lässt sich die Forderung «Teilhabe für alle!» genauso gut im Dorf verwirklichen? Stadtbewohner Christian Metzger und Landkennerin Ina Praetorius treten zum Streitgespräch an – und reichen sich dann doch die Hand.

ANTIDOT: Rund ein Viertel aller Bewohner*innen der Schweiz sind von politischer und rechtlicher Mitbestimmung ausgeschlossen, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen. Es geht nicht nur ums Wählen – für viele dieser Menschen ist der Zugang zu sozialen Dienstleistungen, zu Bildung, Arbeitsplätzen, öffentlichen Institutionen und anderen Räumen erschwert. Welche Hürden seht ihr für diese Menschen in eurer Umgebung und wie schätzt ihr den Unterschied zwischen Stadt und Land ein?

INA PRAETORIUS (IP): Hürden sehe ich in erster Linie in rechtlichen Beschränkungen, zum Beispiel im Arbeits- und Ausbildungsverbot (abgesehen von der obligatorischen Schulzeit) bei ungeklärtem Status. Eine zweite wichtige Hürde sind die hohen Preise vor allem für Mobilität und Bildung. Hier fällt der Unterschied zwischen Stadt und Land ins Gewicht: Zwar ist das Leben in der Stadt insgesamt teurer, aber in ländlichen Gemeinden kommen die Leute oft einfach nicht von der Stelle, wenn sie das Billett nicht bezahlen können. Der Kampf um Mobilität ist ein täglicher Kleinkrieg, wenn man im Dorf wohnt.

CHRISTIAN METZGER (CM): Neben solchen Alltagshürden geht es um eine fehlende Anerkennung und Wertschätzung der Individualität, mit der allerdings nicht nur Migrant*innen zu kämpfen haben. Die Stigmatisierung des Andersseins hat zahlreiche Facetten. Ausschlussmechanismen erschweren nicht nur den Alltag, sondern sind auch sehr verletzend. Ich glaube, dass Städte aufgrund ihrer Grösse und der damit einhergehenden Anonymität besser mit Vielfalt klarkommen. Diese Anonymität kann allerdings auch dazu führen, dass es schwierig ist, soziale Kontakte aufzubauen – was auf dem Land unter Umständen leichter ist.

IP: In dem kleinen Dorf, in dem ich lange gewohnt habe, kennen sich alle. «Andere» oder «Neue» haben es dadurch wiederum schwer, wenn sie nicht extrem kommunikativ sind. Im Agglo-Dorf, in dem ich jetzt lebe, sehe ich dieses Problem weniger. Hier ist die Fluktuation gross und der Un-

terschied zwischen Einheimischen und Zugezogenen verschwimmt.

ANTIDOT: David Harvey sagte einmal: «Das Recht auf Stadt ist nicht einfach das Recht auf Zugang zum bereits Existierenden – sondern das Recht, es nach den eigenen Wünschen zu gestalten.» Teilt ihr diese Haltung? Gibt es einen Unterschied, wie man sich im Dorf oder in der Stadt Raum aneignet und gestaltet?

CM: Grundsätzlich teile ich diese Haltung. Nach meiner Auffassung geht es auch bei Urban Citizenship nicht einfach um den gleichen Zugang aller, sondern um eine andere Idee der Zugehörigkeit und andere Formen, wie wir alle an der Gesellschaft teilhaben. Die Aussage ist aus meiner Sicht aber auch problematisch, da die Gestaltung einer Stadt nur gemeinsam erfolgen kann, die «eigenen Wünsche» jedoch einen individuellen Anspruch zum Ausdruck bringen. Das ist vielleicht die zentrale Herausforderung: die Möglichkeit zur Mitgestaltung für alle auf kollektiver Ebene zu schaffen und gleichzeitig eine grosse Vielfalt auf individueller Ebene zuzulassen.

IP: Mir fällt auf, dass sich in Städten schnell geschlossene Milieus bilden, zum Beispiel studentische oder linke oder feministische Gruppierungen, die zwar eine Ideologie der Offenheit pflegen, tatsächlich aber exklusiv funktionieren. Es ist mir schon öfter passiert, dass ich als Referentin zu einer Veranstaltung in einer Stadt eingeladen war, die als «interkulturell» ausgeschrieben war. Aber dann war nur eine einzige Migrantin dabei, die noch dazu genau ins Schema der veranstaltenden Gruppe passte. So was passiert mir in meinem Dorf nicht. Dafür werde ich halt mal mit einem netten Erdogan-Fan konfrontiert, oder ich stelle plötzlich fest, dass wir alle sorgfältig um Themen herumreden, die im engeren Sinne politisch sind, weil wir ahnen, dass wir da aneinandergeraten würden. Das Gestaltungsrecht Realität werden zu lassen, ist so oder so ein konfliktreicher Vorgang. Oft sind es eher

einzelne eigensinnige Personen als Strukturen oder Gruppierungen, die da etwas erreichen.

CM: Die Aneignung von Räumen ist für mich eine Form des Widerstands gegen dominante Strukturen. In der Stadt geht es dabei oft um ein politisches Statement, zum Beispiel durch Street-Art die Gestaltungsrechte der Eigentümer infrage zu stellen oder in einem besetzten Gebäude Selbstorganisation zu ermöglichen. Mein Eindruck ist, dass es auf dem Land zwar einfacher ist, sich Gehör zu verschaffen und den öffentlichen Raum mitzugestalten, aber eine Aneignung von Raum, die sich gegen die Besitzverhältnisse oder gegen die rassistische, sexistische und homophobe Dominanzkultur richtet, gibt es meines Wissens nicht.

ANTIDOT: Das Dorf ist eine Schicksalsgemeinschaft, die Stadt ist eine Willensgemeinschaft. Oder anders gefragt: Wer gehört dazu? Was bedeutet es auf dem Land, dazuzugehören, und was bedeutet es in der Stadt?

IP: Kleine, abgelegene Dörfer sind tatsächlich oft Schicksalsgemeinschaften, in denen es Leute, deren Familien nicht schon seit Generationen hier leben, schwer haben. Aber wer ist denn noch Teil einer Familie, die seit Generationen im selben Dorf lebt? Das sind inzwischen nur noch wenige. Schon die Glarnerin, die ins Toggenburg heiratet, ist eine Outsiderin. Zum Glück gibt es aber meistens mehrere von diesen Outsiderinnen, auch in den kleinen Dörfern. Die bilden dann ihre eigenen Schicksalsgemeinschaften. Die angenommene Deutungs- und Gestaltungshoheit der «Alteingesessenen» ist auch in kleinen Dörfern heute nur noch ein Mythos. Deshalb schminkt man sich den Wunsch, zu den inneren Zirkeln der Sport-oder Trachtenvereine dazugehören zu wollen, am besten ab.

CM: Ich selbst bin ja in einem kleinen Ort im Toggenburg aufgewachsen, in dem die Kirche noch mitten im Dorf steht. Wenn man dazugehört, dann kennt man sich und das soziale Netz fängt einen auf. Dazuzugehören ist jedoch mit einem enor-



men Anpassungsdruck verbunden, der sich vor allem, aber nicht nur gegenüber Migrant*innen in absurden Forderungen nach Konformität ausdrückt. Auch von Zugezogenen, also nicht seit eh und je im Dorf Wohnhaften, wird eine Integrationsleistung erwartet. Wie auf diese Weise eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe aller verwirklicht werden soll, bleibt mir schleierhaft.

IP: Es gibt vor allem in grösseren Dörfern inzwischen genügend Zugewanderte aus allen möglichen Kontexten. Als schweizerisch-deutsche Doppelbürgerin, die seit ungefähr drei Jahrzehnten hier im Tal lebt, habe ich nicht den Anspruch, auf den Bauernmärkten dazuzugehören. Da gehe ich zwar gerne mal hin, aber es stört mich nicht, dass ich da genauso fremd bin wie meine afghanischen Freundinnen oder der Kurde, mit dem ich mich seit Jahren fast jede Woche beim ökumenischen Mittagstisch treffe. Hier gut zu leben ist einfacher, wenn man sich klarmacht, dass das Dorf kein starres Gegenüber von starken Alteingesessenen und schwachen Zugewanderten mehr ist, sondern ein unübersichtliches Mosaik $aus\,unterschiedlich\,gelagerten\,Fremdheiten\,und$ Vertrautheiten.

CM: In der Stadt sehe ich eine grössere Bereitschaft, die Vielfalt der Menschen anzuerkennen und allen Bewohner*innen Teilhabe auf Augenhöhe zu ermöglichen. Allerdings bleibt es zu oft nur bei dieser Bereitschaft. Gerade beim Zugang zu Wohnraum finden Verdrängungsprozesse statt, die nur schwer mit einem Ideal von Solidarität zu vereinbaren sind. Ich glaube jedoch, dass das städtische Selbstverständnis bessere Voraussetzungen für eine Ausweitung politischer, rechtlicher, sozialer und kultureller Teilhabe schafft.

CM: Ina, oft fällt im Zusammenhang mit der Teilhabe von Migrant*innen der Integrationsbegriff. Was verbindest du mit der oft geäusserten Forderung nach Integration und wie stehst du zu dieser Forderung?

IP: Mir ist klar, dass der Begriff «Integration» problematisch ist, aber mich interessiert inzwischen fast nur noch die Frage, wie wir konkrete Fragen möglichst auf Augenhöhe, in Würde und wenn möglich auch mit Spass lösen, zusammen mit allen Beteiligten, egal, wie das dann heisst. – Was «das Politische» im engeren Sinne angeht: Wir haben in unserer Initiative «Kochen international», die seit sieben Jahren läuft, am vergangenen Samstag zum ersten Mal beschlossen, dass wir jetzt mal über «Politik» reden wollen. Hier dauert es lange, bis man an diesen Punkt kommt, es

braucht viel Vertrauen und Freundinnenschaft. Dafür freut es mich umso mehr, wenn plötzlich dieses Bedürfnis geäussert wird, nicht von mir, sondern von einer jungen Frau, die vor ein paar Monaten endlich eingebürgert worden ist. Ich bin schon sehr gespannt, wie das wird, wenn vierzig Frauen aus ungefähr fünfzehn Nationen mit sehr unterschiedlichen Sprachkompetenzen über «Politik» reden ...

Christian Metzger, Jahrgang 1986, ist in einem kleinen Dorf im Toggenburg aufgewachsen. In letzter Minute und nach einem Münzwurf entschied er sich für Bern als Studienort. Nach zehn Jahren ist er immer noch dort, auch wenn er sich nach einem Austauschsemester auch in Bologna ein wenig zuhause fühlt.

Ina Praetorius, Jahrgang 1956, ist zunächst in einem grossen, dann in einem kleinen Dorf in Süddeutschland aufgewachsen. Nach elf Jahren Studium und Arbeit in Universitätsstädten lebte sie 17 Jahre in einem sehr kleinen Dorf in den Schweizer Voralpen. Nun ist sie der Stadt wieder näher gerückt und in einer grösseren Zentrumsgemeinde ansässig.

Die Fragen stellte Rebecka Domig, Redaktionskollektiv Antidot.

UNRECHT IM LAND DER DIREKTEN DEMOKRATIE

Das Wahl- und Stimmrecht auf Bundesebene ist in der Schweiz Bestandteil der Staatsbürgerschaft. Für all jene, die nicht von Geburt an darüber verfügen, ist der Zugang zur Staatsbürgerschaft an eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Das Wahl- und Stimmrecht von diesen Bedingungen abhängig zu machen, widerspricht der Gleichbehandlung und ist demokratisch defizitär, wie Anna Goppel ausführt.

m Jahr 2016 waren nach provisorischen Angaben des Bundesamts für Statistik mehr als 19,8% der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz über 18 Jahre alt und ohne Schweizer Pass. Wenngleich sie im wahlrechtsrelevanten Alter waren, durften diese Menschen in der Schweiz nicht wählen. Das Wahl $und\,Stimmrecht\,auf\,Bundesebene\,ist\,in\,der\,Schweiz$ Bestandteil der Staatsbürgerschaft, und die Staatsbürgerschaft erwerben können jene, die nicht per Geburt darüber verfügen, nur, wenn sie eine Reihe von Bedingungen erfüllen. Nach Kanton teilweise variierend, erhalten sie das Wahlrecht deshalb im Regelfall erst, wenn sie bereits 12 Jahre in der $Schweiz\,gelebt\,haben, integriert\,sind, Kenntnisse$ über den Staatsaufbau, die Geschichte, Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche der Schweiz und des Kantons nachweisen können, nicht von der Sozialhilfe leben, keine Einträge im Strafregister haben und Kenntnisse einer der Landessprachen belegen. Lässt sich dies rechtfertigen?

DER STAATLICHEN AUTORITÄT UNTERWORFEN

Viele sind der Ansicht, dass diejenigen, die das Wahlrecht bereits haben, nach eigenem Ermessen bestimmen können sollen, wem das Wahlrecht unter welchen Bedingungen zukommt. Da das Schweizer Wahlvolk bzw. dessen Repräsentant*innen die Wahlrechtsregeln beschlossen haben, wären diese und der auf sie zurückzuführende Ausschluss vieler Migrant*innen vom Wahlrecht damit nicht zu kritisieren. Übersehen wird dabei, dass es einen moralischen Anspruch auf politische Mitbestimmung gibt.

Wenn wir denjenigen, die einen solchen Anspruch haben, das Wahlrecht verweigern, handeln wir sowohl ethisch als auch demokratisch problematisch. So war es beispielsweise ethisch falsch, als eine rein männliche Wählerschaft entschieden hat, Frauen das Wahlrecht zu verweigern, weil Frauen eben einen Anspruch auf Mitbestimmung haben. Und die Entscheidung war demokratisch defizitär, weil demokratische Legitimität nicht nur von der Einhaltung demokratischer Prozeduren abhängt, sondern auch davon, dass das Wahlvolk richtig zusammengesetzt ist, d. h. alle umfasst, die einen Anspruch auf Mitbestimmung haben. Ebenso verhält es sich heute mit der Verweigerung des Wahlrechts für viele Migrant*innen.

Ein Anspruch auf Mitbestimmung kommt meiner Ansicht nach all jenen zu, die der Autorität des entsprechenden Staates und damit dessen Gesetzen und Entscheidungen in relevanter Weise unterworfen sind. Weshalb? Weil die Unterwerfung unter zwangsbewehrte Gesetze ethisch nur dann vertretbar ist, wenn die Gruppe derjenigen, deren Leben davon geregelt wird, diese Gesetze selbst bestimmt. So wie es inakzeptabel ist, dass mein Ehepartner ohne meine Einwilligung die Regeln bestimmt, denen ich im Haushalt zu folgen habe, ist es inakzeptabel, dass eine bestimmte Gruppe über staatliche Vorschriften entscheidet, die nicht nur ihr eigenes Leben, sondern auch das anderer regeln.

Um anhand dieser Auffassung entscheiden zu können, wem das Wahlrecht in einem Staat zusteht, müssten wir klären, wie umfassend und wie lange wir dafür der Autorität eines Staates unterworfen sein müssen. Ohne Zweifel sind all diejenigen hinreichend der Autorität eines Staates unterworfen, die ihren Lebensmittelpunkt für eine gewisse Zeitdauer vollständig dorthin verlegt haben. Die Gesetze und Entscheidungen dieses Staates regeln ihr Leben. Sie sind dort krankenversichert und bringen dort ihre Kinder zur Schule, dort ist geregelt, wie sie im Alter versorgt sind, wen sie heiraten dürfen, ob sie Kinder adoptieren können, wem sie Geld vererben können, ob sie berechtigt sind, eine Ausbildung zu machen, und vieles mehr.

WEITERE ZUGANGSBEDINGUNGEN?

Diese Menschen haben einen Anspruch auf Wahlrecht, weil sie staatlicher Autorität unterworfen sind und nicht weil sie gut integriert oder ökonomisch von staatlicher Hilfe unabhängig sind. Die einzige Bedingung, die darüber hinaus vertretbar ist, ist die minimale Bedingung, dass eine Person in der Lage sein muss, eine Wahlentscheidung zu treffen. Deshalb haben richtigerweise auch Kinder noch nicht das Recht, ihre Stimme abzugeben, obwohl auch sie der staatlichen Autorität unterworfen sind. Die Bedingungen, an die das Wahlrecht von Migrant*innen in der Schweiz derzeit darüber hinaus geknüpft ist, lassen sich demgegenüber nicht rechtfertigen:

Abgesehen davon, dass man mit Blick auf einen Teil dieser Bedingungen wie etwa der Unabhängigkeit von Sozialhilfe oder auch der unbescholtenen strafrechtlichen Vergangenheit keinen Zusammenhang zum Wahlrecht herstellen kann, scheitern diese Bedingungen bereits am Prinzip der Gleichbehandlung. Denn Staatsbürger*innen erhalten das Wahlrecht unabhängig von der Erfüllung dieser Bedingungen, und es lässt sich kein Unterschied zwischen Staatsbürger*innen und Migrant*innen ausmachen, der diese Ungleichbehandlung rechtfertigen könnte.

SPRACHKENNTNIS ALS UNTERSCHEIDUNGSGRUND?

Man mag bezweifeln, dass sich mit dieser Begründung auch Bedingungen wie Sprachkenntnisse oder Aufenthaltsdauer zurückweisen lassen. Ohne Sprachkenntnisse und das Wissen, das man durch Aufenthalt erwirbt, so die Überlegungen, die diesen Bedenken häufig zugrunde liegen, scheitere man bereits am Ausfüllen des Wahlzettels, spätestens aber daran, eine wohl informierte Wahl zu treffen.

Meines Erachtens sind wir auch ohne Sprachkenntnisse und vorgängigen Aufenthalt durchaus fähig, überhaupt oder vernünftig zu wählen. Aber selbst wenn wir fehlenden Sprachkenntnissen den befürchteten Effekt zuschreiben würden, dürfte das Wahlrecht davon nicht abhängen. Denn die Unfähigkeit zu wählen wäre in diesem Fall keine prinzipielle Unfähigkeit, sondern den Umständen geschuldet. Und wenn wir das Wahlrecht von solchen nicht prinzipiellen Unfähigkeiten abhängig machen wollten, müssten wir auch Menschen, die etwa aufgrund mangelnder Sehfähigkeit den nicht blindengerechten Wahlzettel nicht ausfüllen können, das Wahlrecht verweigern. Zu Recht sind wir jedoch der Meinung, dass wir diesen Menschen die Wahl ermöglichen müssen. Ebenso dürften wir diejenigen, denen Sprachkenntnisse fehlen, nicht vom Wahlrecht ausschliessen, sondern müssten Sorge tragen, dass sie die notwendigen Informationen erhalten.

Das Wahlrecht darf lediglich von der prinzipiellen und basalen Fähigkeit, eine Wahlentscheidung zu treffen, sowie der Autoritätsunterworfenheit abhängig gemacht werden. Man muss es sich nicht verdienen, sondern hat einen Anspruch darauf, wenn man Teil der Gruppe ist, die den zwangsbewehrten Gesetzen eines Landes unterworfen ist.

Autorin:

Anna Goppel ist Assistenzprofessorin für praktische Philosophie mit Schwerpunkt politische Philosophie an der Universität Bern.



AUF AUGENHÖHE MIT GEFLUCHTETEN?

Ein postkolonialer Blick auf Fallstricke des «Helfens»

Durch das verstärkte zivilgesellschaftliche Engagement auf lokaler Ebene eröffnen sich wichtige Perspektiven in eine offenere, solidarische Gesellschaft. Gleichzeitig birgt das Machtgefälle zwischen «Helfenden» und «Hilfeempfangenden» auch die Gefahr, koloniale Denkfiguren zu reproduzieren und neue Abhängigkeiten zu schaffen.

reiwilliges Engagement ist im Kontext der aktuellen Flüchtlingspolitik inzwischen unersetzlich geworden. Auch in der Schweiz war ab Herbst 2015 ein Aufbruch in der Zivilgesellschaft spürbar und es entstanden zahlreiche solidarische Initiativen, um die Ankommenden zu unterstützen. Sowohl grössere Asylorganisationen als auch kleinere Basisorganisationen verzeichneten einen Zulauf an Menschen, die sich als Freiwillige engagieren wollten. Durch diese solidarischen Praktiken im Lokalen und Alltäglichen hat sich ein Netz von Unterstützungsinitiativen verstetigt, welches Wege zu einer offeneren Gesellschaft – einer solidarischen Willkommensgesellschaft – aufzeigt. Es wurden Möglichkeitsräume geschaffen, in denen nicht nur praktische Hilfe geleistet wird, sondern auch persönliche Begegnungen zwischen Geflüchteten und Einheimischen stattfinden, Lebensgeschichten ausgetauscht werden, gegenseitige Empathie spürbar wird.

Doch Freiwilligenarbeit hat Grenzen und birgt auch Gefahren. So laufen ehrenamtliche Strukturen Gefahr, als Lückenbüsser für eine schrumpfende sozialstaatliche Unterstützung zu fungieren und den Druck zu vermindern, die öffentlich finanzierte Unterstützungsinfrastruktur auszubauen. Darüber hinaus ist insbesondere im Bereich Flucht und Migration die Grenze zwischen Solidarität und Paternalismus nicht immer klar. Jeder Wunsch nach Solidarität muss damit umgehen, dass das Verhältnis zwischen Geflüchteten und Unterstützenden von Asymmetrien geprägt ist – sowohl auf struktureller Ebene wie auch in der konkreten Interaktion.

GUT GEMEINT, ABER...

In der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten begegnen sich Menschen mit ganz unterschiedlichen Biografien und in höchst verschiedenen Lebenssituationen. Dies kann bereichernd, aber auch belastend sein – für beide Seiten. «Helfen» ist eine voraussetzungsvolle Beziehung. Dies umso mehr, wenn diejenigen, die Hilfe anbieten, und diejenigen, die sie annehmen, strukturell einen so unterschiedlichen Platz in der Gesellschaft einnehmen, wie dies in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten der Fall ist.

Aus der Perspektive der freiwillig Engagierten gibt es immer wieder Überraschungen. So staunt ein Freiwilliger, der sich als Mentor bei der Jobsuche für anerkannte Flüchtlinge betätigt, dass sich ein syrischer Mann – ein studierter Jurist – wenig begeistert zeigt, als er ihm eine Stelle als «Hilfskoch» im Hotel seines Bruders vermitteln will. Und eine Freiwillige, die ihren gesamten Kleiderschrank ausgemistet hat, ist irritiert darüber, dass die ge $fl\"{u}chteten\,Frauen\,im\,Asylzentrum\,einige\,Kleiderst\"{u}cke$ liegen lassen und sich nicht wie sie kleiden möchten. Häufig wird für solche Vorfälle «die andere Kultur» als Erklärung angebracht. Gut gemeintes Interesse an «ihrer» Kultur kann so schnell in Stereotypisierungen und Vorurteile münden. Darin zeigt sich auch eine Haltung, bei der davon ausgegangen wird, dass die Geflüchteten hilfs- oder gar entwicklungsbedürftig sind. «Ich wollte ihm einfach zeigen, wie wir das hier in der Schweiz machen», erklärt mir eine ältere Frau, die im Begegnungsca $f\acute{e}\,einem\,jungen\,afghan is chen\,Vater\,das\,vergn\"{u}gte\,Kind$ aus dem Laufgestell gehoben hat, um es bei den ersten Schritten ohne «dieses Plastikzeugs» zu unterstützen. Als sich das Kind weinend von der Frau abwendet und der Vater die Intervention nicht versteht, ist die ältere Frau brüskiert und sagt zu mir als unbeteiligter Beobachtenden auf Schweizerdeutsch, dass es «schon nicht einfach» sei mit «diesen Afghanen».

HILFE ALS MACHTVOLLE BEZIEHUNG

Wie diese Beispiele zeigen, sind die Grenzen zwischen gut gemeinter Unterstützung, Paternalismus und Kulturalisierungen häufig fliessend. Auch Initiativen, die sich für Geflüchtete einsetzen, sind nicht frei davon, «Fremde» pauschal in eine Schablone zu drücken. Zwischen den «Helfenden» und denjenigen, denen geholfen wird, bestehen nicht nur Hierarchien, sondern auch Abhängigkeiten. Diese Widersprüchlichkeiten sind dem Helfen inhärent und erinnern oft an humanitaristische Formen der Entwicklungshilfe, in denen teils auf koloniale Denkfiguren zurückgegriffen wird und sich rassistische Stereotype «weisser Überlegenheit» manifestieren. Eine Begegnung auf Augenhöhe ist schwierig in einem Kontext, in dem ein Abhängigkeitsverhältnis besteht zwischen der Person, die dringend auf Unterstützung angewiesen ist, und der Person, die in der Lage ist zu helfen.



Es ist die privilegierte «helfende» Person, die mit der Auswahl ihres Engagements die Bedingungen vorgibt. Hat sie mal gerade keine Lust, Zeit oder Ressourcen mehr, dann fällt das Angebot halt wieder weg. Zudem gibt es beliebtere und weniger beliebte «Objekte» der Hilfe: Auffällig ist, dass sich sehr viele Angebote auf Familien, Frauen und Kinder beziehen, die eher dem Bild des «Opfers» entsprechen, und eher wenige auf alleinstehende Männer. Zudem gibt es mehr oder weniger attraktive Orte des Helfens: In Bern beispielsweise sind in zentrumsnahen Asylunterkünften Hunderte von Freiwilligen engagiert, während es in einer unterirdischen Asylunterkunft am Stadtrand, in der hauptsächlich alleinstehende Männer wohnen, fast gar keine Angebote zur Unterstützung gibt.

EINE FRAGE DER HALTUNG – UND DER SELBSTREFLEXION

Wie könnte gegenseitige Unterstützung aussehen, die ungleiche Verhältnisse zwischen «Helfer*innen» und Menschen, denen «geholfen» wird, nicht fortführt, sondern ausgleicht? Eine «Begegnung auf Augenhöhe» ist in einem Kontext materieller und rechtlicher Ungleichheit ein sehr hohes Ideal. Davon kann eigentlich erst gesprochen werden, wenn es für beide Seiten mit gleichem Risiko möglich wäre, eine Kooperation auch wieder zu beenden. Trotzdem sollte dieses Bild für die eigene Haltung gegenüber Geflüchteten ein Massstab sein. Bedingung dazu ist eine wiederholte Reflexion über die eigene Rolle und eine Hinterfragung der eigenen Positionierung. $Jede\,Hilfeleistung\,und\,jedes\,Projekt\,sollte\,dahingehend$ überprüft werden, ob nicht bestimmte Vorannahmen die Geflüchteten auf ihr «Geflüchtetsein» reduzieren. Sich von Mitleid leiten zu lassen, ist gefährlich. Wie würde sich die Begegnung verändern, wenn wir Geflüchtete als autonome Subjekte wahrnehmen, die eigene Entscheidungen fällen können und vielleicht auch ein Hilfsangebot lieber ablehnen?

Wichtige Voraussetzungen sind zudem auch eine gewisse Offenheit, Neugier und die Bereitschaft, eigene Vorurteile auf den Prüfstand zu stellen. Wer sich engagieren möchte, sollte bereit sein, unterschiedliche kulturelle Praktiken, verschiedene Werte und Normen ernst zu nehmen. Dies kann nicht nur individuell geschehen. Idealerweise sind Räume der Begegnung vorhanden, in denen Erfahrungen ausgetauscht werden können. Wie ist es möglich, gemachte Erfahrungen nicht zu schnell auf andere zu übertragen und für verschiedene Bedürfnisse auch unterschiedliche Antworten zu finden? Das Erlernen einer fragenden und zuhörenden Haltung ist dabei ganz zentral. Ein echtes «Miteinander», bei dem es nicht bloss um «Wir machen etwas für die Flüchtlinge» geht, erfordert also Zeit, ständiges Dranbleiben und viel Reflexion – und kann streckenweise sehr anstrengend sein.

HILFE ÜBERFLÜSSIG MACHEN

Zudem gilt: Je mehr die grundlegenden materiellen Bedürfnisse gesichert sind (Wohnen, Essen, Bildung, Gesundheit, Schutz vor Ausschaffung), desto eher können Geflüchtete ihre Bedürfnisse selber artikulieren und desto weniger finden sie sich in der Rolle der dankbaren Bittstellenden wieder. Der deutsche Autor Christian Jakob gibt zu bedenken, dass die beste Hilfe letztlich die sei, «die für gleiche Rechte sorgt». Um dies zu realisieren, braucht es jedoch eine starke und ständige politische Mobilisierung. «Die zweitbeste Hilfe ist die, die bis dahin einspringt – und sich gleichzeitig überflüssig zu machen versucht.»

Autorin:

Sarah Schilliger ist Soziologin und weilt zurzeit als Gastwissenschaftlerin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. Sie ist engagiert im Netzwerk «Wir alle sind Bern» und in der «Allianz gegen Racial Profiling».

Dies ist eine stark gekürzte Version des Artikels von Sarah Schilliger mit dem Titel «Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten in der Schweiz: aktuelle Dynamiken, Fallstricke und Potenziale», erschienen in: Schweizerisches Rotes Kreuz (2017): Flüchten, ankommen, teilhaben. Seismo Verlag, Zürich.



«Wir sprachen über die dreifache Benachteiligung, die wir als Arbeiterinnen, Frauen und Migrantinnen in dieser Gesellschaft erfuhren.»



Mercedes Soto kam vor 56 Jahren als junge Arbeitsmigrantin vom ländlichen Spanien nach Zürich. Sie hat sich hier im Kontext von migrantischen Organisationen politisiert und ist seit den 1970er Jahren in feministischen Gruppierungen tätig. Auch heute ist die vitale 80-jährige Frau politisch aktiv. Ihr Engagement in den verschiedenen feministischen Gruppierungen beschreibt sie als wichtigste Aktivität, um sich hier in der Schweiz dazugehörig zu fühlen. Vera Ryser und Sally Schonfeldt haben Mercedes Soto im Rahmen ihrer künstlerischen Arbeit «Wir fordern! Eine Recherche zum «Manifest ausländischer Frauen» von 1975» kennengelernt. Sotos Lebensgeschichte und ihre unermüdliche Arbeit in selbstorganisierten Gruppen haben Ryser und Schonfeldt nachhaltig beeindruckt.

Wann hast du angefangen, dich hier in der Schweiz zu engagieren?

Ich kam im Jahr 1962 mit meiner Schwester vom elterlichen Bauernhof in Spanien in die Schweiz. Als wir in Genfankamen, fragten sie uns, ob wir in einer Fabrik, in einem Privathaushalt oder in der Landwirtschaft arbeiten wollten. Wir wählten die Fabrik, und so setzten sie uns in den Zug nach Zürich. In Zürich stand ein Herr am Bahnhof und sagte: «Du, du, du, kommst mit mir», und brachte uns in ein Wohnhaus für Frauen. Meine Schwester und ich nahmen es mit Humor. Aber wenn ich mich jetzt daran erinnere, wie wir damals am Bahnhof von diesem Herrn abgeholt wurden und er sagte «du, du und du ...», dann kommt es mir vor, als hätte er uns wie Schafe behandelt. Ihr seht, es gab schwierige Momente am Anfang, aber die Migration war für mich trotz allem wie eine Befreiung. Schon bald trat ich einer katholischen Kirchengruppe bei, die für diese Zeit sehr progressiv war. Sie boten Bildungskurse an zu Themen wie Mehrwert und Ausbeutung der Arbeiter*innen. Das hat mir geholfen. Die Diskussionen bereicherten mich.

Und wann hast du begonnen, dich in feministischen Kontexten zu politisieren?

Die spanischen Frauen in den 1960er und 1970er Jahren kamen aus ländlichen Gegenden. Da war alles tabu, wirklich alles war tabu, und wir kamen mit verschlossenen Augen hier an. Ich wusste zum Beispiel nicht, was lesbisch sein bedeutet und ich hatte auch keine Information über Verhütungsmittel. Wir kamen in dieser Gesellschaft an, die

auch nicht sehr offen war, aber sie war anders als die, die wir davor kannten.

Als ich dann verheiratet war, gab es bei Miguel und mir zu Hause hier in der Schweiz sehr viele Versammlungen von politischen Leuten, aber ich war immer das Dienstmädchen und es sprachen immer nur die Männer. In dieser Zeit beteiligten sich die Männer nicht an den Haushaltsaufgaben. Sie waren auch ein bisschen machohaft erzogen. Die Mütter erzogen die Männer auf eine Weise und die Frauen auf eine andere. Darum waren wir Frauen die Dienstmädchen der Männer. Und klar, wenn du mit Männern bist, traust du dich nicht, etwas zu sagen, aus Angst, etwas falsch zu machen. Unter Frauen ist das anders. Unter Frauen zu sein, macht dir keine Angst, und du bist spontaner. Mir tat es sehr gut, unter Frauen zu sein. Es gab dann einen Punkt, an dem ich realisierte, dass ich mich aufrappeln musste, und ich begann mich in der Frauengruppe CONDIEM zu engagieren.

Wie habt ihr Frauen euch organisiert?

CONDIEM war eine italienische Frauengruppe, die aus dem Verein «Colonie Libere Italiane» entstanden war. Ihr gehörten vor allem junge italienische Studentinnen an. Ich war aber damals bereits vierzig Jahre alt und Mutter. Der Kontakt mit der italienischen Frauenbewegung hat uns dann bewegt, unsere eigene Vereinigung zu gründen, und im Jahr 1970 habe ich zusammen mit anderen spanischen und Schweizer Frauen die Gruppe «Movimiento Autónomo de Mujeres» gegründet.

Zu dieser Zeit habe ich Frauen kennengelernt, die sich wegen Angstzuständen, Depressionen und Nervosität in der psychiatrischen Klinik behandeln lassen mussten. Hier ankommend sprachst du kein Deutsch, hattest keinen Kontakt zu niemandem. Du warst nur am Arbeiten, hast dich um die Kinder und den Haushalt gekümmert. Du warst die Erzieherin, die Person, die die ganze Familie organisierte, denn der Mann beteiligte sich an nichts. Das war eine schwere Belastung, und so erkrankten damals einige Frauen. Die Stadt und die Gesellschaft halfen auch nicht viel, denn sie kümmerten sich nicht um die Frauen. In den Frauengruppen sprachen wir darüber, was es heisst, sich unabhängig zu machen, selbstständig zu sein und nicht unter den Fittichen des Ehemannes zu leben. Wir sprachen über die dreifache Benachteiligung, die wir als Arbeiterinnen, Frauen und Migrantinnen in dieser Gesellschaft erfuhren. Wir begannen öffentliche Demonstrationen zu organisieren, wir wollten die Frauen mobilisieren, damit sie aus ihrer Lethargie und Isolation herauskamen, damit sie aktiv in dieser Gesellschaft wurden, die allein den Männern gehörte. Bis heute bin ich in verschiedenen Gruppen aktiv. In der Frauengruppe «Marea Granate» treffen wir uns monatlich jeweils bei einer Frau zu Hause zum Frühstück und die Gastgeberin bereitet ein Thema vor. Es sind kulturelle Themen oder solche, die die Psychologie betreffen. Dann mache ich beim Verein «Ateneo Popular Español» mit und engagiere mich an der Fernuniversität in Bern.

Erinnerst du dich an die Tagung «Probleme ausländischer Arbeiterinnen» im Jahr 1975, an der das «Manifest ausländischer Frauen» entstanden ist?

Ich erinnere mich, dass es verschiedene Gruppen gab, in denen wir die Probleme der Frauen besprachen. Wir waren viele und formulierten Forderungen. Wir forderten zum Beispiel die Abschaffung des Saisonnierstatuts, das es zum Glück heute nicht mehr gibt. Wir forderten auch, dass die Frau gleich viel verdient wie der Mann. Ich zum Beispiel arbeitete als Putzfrau an einem Ort und dort arbeitete auch ein Mann, der einen Franken mehr auf die Stunde verdiente als ich, obwohl er schlechter putzte als ich. Bis heute verdient die Frau nicht gleich viel wie der Mann für die gleiche Arbeit. Eine weitere Forderung, die wir hatten und die immer noch aktuell ist, war das Wahlrecht auf Gemeindeebene in Belangen, die mit Migration zu tun haben. Es ist normal, kein Stimmrecht zu haben, wenn man kein*e Schweizer*in ist. Es gibt heute aber ein paar Kantone in der Schweiz, in denen die Ausländer*innen Wahlrecht auf Gemeindeebene besitzen. Hier in Zürich ist das aber nach wie vor nicht Realität. Eine der Forderungen war auch eine Mutterschaftsversicherung. Früher bekamst du keinen Mutterschaftsurlaub, um nach einer Geburt bei deinem Kind zu Hause zu bleiben. Und du hattest keine Versicherung. Das jedoch hat sich stark verändert.

Welche der Forderungen des Manifests waren für dich persönlich die wichtigsten?

Das Wichtigste für mich war der Versuch, den Frauen zu helfen, aus ihrer Isolation herauszukommen. Die Frau war zu dieser Zeit komplett isoliert und sie widmete sich nur dem Haushalt und der Arbeit. Man versuchte also den Frauen zu helfen, aufzuwachen und sich zu bewegen. Für mich war das sehr wichtig. Es hat mir sehr geholfen und ich bin sehr froh, dass ich mich am Manifest beteiligt und in all diesen Gruppen mitgemacht habe. Aktiv zu sein und sich zu organisieren waren die wichtigsten Dinge für mein Ankommen in der Schweiz.

Hat das Manifest geholfen, die Situation der Frauen zu verändern?

Ich glaube ja. Vor allem half es den Frauen, mit der Situation, in der sie lebten, zurechtzukommen. Das Manifest lädt die Frauen ein, sich darüber klar zu werden, was um sie herum passiert. Wenn du dich im Haus einschliesst, nie rausgehst und mit niemandem Kontakt hast, dann erfährst du nicht, was passiert. Darum glaube ich, dass das Manifest den Frauen einen Schwung gab, um sich zu organisieren.

Wie beurteilst du die Situation der spanischen Migrantinnen heute?

Die Situation dieser Frauen ist heute viel einfacher, weil die Leute viel besser vorbereitet kommen. In der Gruppe «Marea Granate» treffen wir uns mit jungen Spanierinnen, sie sind alle in eurem Alter, zwischen 30 und 45 Jahre alt. Diese Frauen sind alle mit Schweizern verheiratet oder sind gekommen, weil sie in Spanien keine Arbeit fanden. Aber alle haben einen Universitätsabschluss. Der Austausch zwischen Jungen und Älteren ist interessant und ich denke, wir haben diesen Frauen den Weg geöffnet. Klar, sie lernen die Sprache schnell, denn sie haben eine universitäre Ausbildung. Wir waren Arbeiterinnen und können es nicht mit denen von heute aufnehmen. Aber heute haben sie viele Angebote, wie die Integrationsförderung von der Gemeinde oder günstige Deutschkurse. Ich glaube, es hat sich wirklich viel verändert und den heutigen Migrantinnen stehen viele Türen offen. Wirkliche Probleme jedoch haben heute die Papierlosen, denn sie werden ausgebeutet. Ich kannte eine Frau, die 14 Jahre ohne Papiere hier war. Die Polizei hat sie zweimal ausgeschafft, aber sie kam zurück. Anderen wurde ein Stundenlohn von 10 Franken angeboten. Das ist eine Schande.

Interview: Vera Ryser und Sally Schonfeldt.
Das Künstlerinnenduo Ryser+Schonfeldt beschäftigt sich mit der Umsetzung von gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Narrativen in experimentelle Darstellungs- und Vermittlungsformate. Die Reflexion von Geschichtsschreibung steht im Zentrum ihrer Auseinandersetzung und ist auf die Themenfelder postkoloniale Theorie und migrantische Diskurse fokussiert.
Übersetzung: Monika Streule

DAS MANIFEST AUSLANDISCHER FRAUEN

Im Februar 1975 verfassten 180 Frauen verschiedener Nationalitäten in Zürich das «Manifest ausländischer Frauen». Die Frauen forderten progressive zivile, politische und soziale Rechte und kämpften öffentlich sichtbar für bessere Arbeitsbedingungen und ihre Anerkennung in der Schweizer Gesellschaft. Das Manifest wurde 1975 im Rahmen der Tagung «Probleme der ausländischen Arbeiterinnen und Ehefrauen ausländischer Arbeiter» in der Paulus-Akademie geschrieben. Obwohl die Frauen das Manifest an politische Parteien, Gewerkschaften, kirchliche Organisationen und Frauenvereine sandten, geriet es bald in Vergessenheit. Erstmals wurde das Manifest in der Forschungsarbeit von Sarah Baumann «... und es kamen auch Frauen» (Seismo Verlag, 2014) historisch aufgearbeitet. Im Jahr 2016 erstellte das Künstlerinnenduo Ryser+Schonfeldt Videointerviews mit sieben am Manifest beteiligten Frauen und zeigte diese in ihrer Ausstellung «Wir fordern!» in Zürich und Aarau. Das hier abgedruckte Interview besteht aus Auszügen aus dem Videointerview mit Mercedes Soto.

DIE GANZE WELT IN EINER STADT

inViertelallerBewohner*innen der Schweiz besitzen keinen Schweizer Pass und sind somit von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. In den Städten sind es zunehmend mehr. In Zürich leben beispielsweise 31,9 Prozent sogenannte Ausländer*innen, also Bewohner*innen ohne Bürgerrecht. Vielen von ihnen wird auch der Zugang zu sozialen Dienstleistungen, zu Bildung, zu Arbeitsplätzen, zu öffentlichen Institutionen und anderen Räumen erschwert. Die mediale Öffentlichkeit weiss über Migrant*innen als an $gebliche Konflikt quelle Bescheid, w\"{a}hrend$ $Letz tere\, aus\, Entscheidungspositionen\, und$ öffentlicher Repräsentanz – bis auf wenige Ausnahmen – immer noch strukturell aus $gesch lossen \, bleiben. \, Die \, postmigrant is che$ Schweiz wird so als gesellschaftliche Wirklichkeit erfolgreich verdrängt. Viele Initiativen haben in den letzten Jahren versucht, mehr Bürgerrechte zu erstreiten, sind damit aber an den Urnen verschiedener Schweizer Städte und Kantone gescheitert. Aber auch strategisch ist die Situation verfahren: Direktdemokratische Verfahren werden in der Schweiz seit Beginn des Jahrtausends von einem nationalistischen Diskurs dominiert. Nicht umsonst ist die Schweiz zum politischen feuchten Traum und Vorbildmodell rechtsextremer und rechtspopulistischer europäischer Parteien geworden. Dazu kommt eine Hegemonie der sozialen Verrohung und Entsolidarisierung, die durch die ehemalige politische Mitte mehrheitsfähig gemacht wurde. Aus der kapitalistischen Verinnerlichung der Mittelklasse, ihr stehe eine grenzenlos «imperiale Lebensweise» zu, wurde Stück für Stück eine «Angst vor dem Abstieg» gemacht, und das in einem der reichsten Län $der\,der\,Welt.\,Die\,Schweiz\,ist\,eingebettet\,in$ (post)koloniale ökonomische Mechanismen, profitiert davon steuerrechtlich und handelstechnisch und ist so nicht umsonst eines der reichsten Länder der Welt.

Die Forderung nach globaler sozialer Gerechtigkeit – einer »Weltdemokratie« – giltes also auch für die Schweiz konsequent zu stellen. Die Erfolglosigkeit bisheriger Forderungen nach einer Ausweitung der Bürgerrechte in der Schweiz verlangt nach gänzlich neuen politischen Formen, um die rechtliche und soziale Ungleichheit, die im Speziellen auch die Schweizer Bevölkerung durchzieht, zu überwinden.

Kommen wir nun von der Ebene des Globalen auf die Ebene des Lokalen, so würde soziale Gerechtigkeit zuallererst bedeuten, dass alle, die in einer Stadt leben, Zugang zu den sozialen Dienstleistungen und den Ressourcen, die diese Stadt bisher ganz oder teilweise nur ihren verbrieften Bürger*innen zur Verfügung stellt, erhalten müssten. Das Konzept der «Urban Citizenship» lebt von diesen Prinzipien.

KONKRETE INTERVENTIONEN

Das Projekt «Die ganze Welt in Zürich. Konkrete Interventionen in die Schweizer Migrationspolitik» an der Shedhalle Zürich zielte darauf, ab mit den Mitteln der Kunst konkrete Vorschläge einer Stadtbürger*innenschaft für Zürich auszuloten und diese Vorschläge hinsichtlich ihrer politischen Umsetzbarkeit in Zürich zu überprüfen.

Das künstlerische Projekt wurde zwischen Sommer 2015 und November 2016 realisiert. Katharina Morawek (künstlerische Leitung, Shedhalle Zürich) konzipierte es zusammen mit dem Künstler Martin Krenn und setzte es mit einer transdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe (u. a. Kijan Espahangizi, Rohit Jain, Tarek Naguib, Bea Schwager) um. In Gesprächen mit Expert*innen und Entscheidungsträger*innen wurden konkrete Projekte zu drei Aspekten städtischer Citizenship erarbeitet: Aufenthaltsfreiheit, Diskriminierungsfreiheit und Gestaltungsfreiheit. Mit den Folgeprojekten «City Card Zürich» und «Salon Bastarde» sowie der durch das Projekt inspirierten

«Allianz gegen Racial Profiling» wurden in der Stadt Zürich und schweizweit zentrale, akteur*innenbasierte Hebel in die Welt gesetzt. Dabei wurde klar: Eine an gesellschaftlicher Transformation orien $tier te \, Interpretation \, von \, Urban \, Citizen ship$ braucht Strategien zur Stärkung der zivilen Rechte von Bürger*innen und Noch-nicht-Bürger*innen. Ein weiterer Schritt liegt in der wirksamen Organisierung sozialer Bewegungen und der Bildung von Initiativen, die unabhängig von der Tagespolitik auf progressive Politiken auflokaler, nationaler und europäischer Ebene Einfluss nehmen. So können schliesslich dauerhafte strukturelle Veränderungen bewirkt werden. Geht es doch um nichts weniger als um die Implementierung von Urban Citizenship in möglichst vielen Städten weltweit, als ersten Schritt in Richtung eines substanziellen, globalen Wegs der Demokratisierung der Demokratie und einer Ausweitung des Rechts auf Rechte, basierend auf dem Wohnort.

Autorin:

Katharina Morawek ist Kuratorin und Co-Herausgeberin von «Urban Citizenship. Zur Demokratisierung der Demokratie». Sie ist zu Gast an der Auftaktveranstaltung der Tour de Lorraine am 18. Januar.

Buchtipp:

Martin Krenn, Katharina Morawek (Hrsg.): «Urban Citizenship. Zur Demokratisierung der Demokratie», Paperback, 446 Seiten, deutsch/englisch, Verlag für moderne Kunst, Wien 2017





SUL

www.sueri.org

Café RebelDía

T: 043 366 65 00 F: 043 366 65 05 info@gebana.com www.chiapas.ch







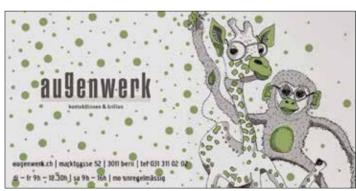
Hast du ein Gemüsekorbabo? Dann werden Versand und Abrechnung vielleicht bereits mit Hilfe von OpenOlitor erledigt.

> Projekte der regionalen Vertragslandwirtschaft besser organisieren



Sie nutzen öfters Open Source Software als Sie denken!

tegonal





FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT BERN

Wir setzen uns ein für eine Solidarische Stadt Bern, in der Migration und Vielfalt als gesellschaftliche Realität anerkannt werden und nicht die Herkunft, sondern der Lebensmittelpunkt und die gemeinsame Zukunft im Zentrum stehen.

FÜR ALLE, DIE HIER SIND UND NOCH KOMMEN WERDEN

Die Entscheidung eines Menschen, in Bern zu leben, erachten wir als dessen freie Entscheidung und als Ausgangspunkt unserer Überlegungen zu einem solidarischen Miteinander. Die Kriminalisierung von Grenzübertritten und die damit verbundene Unterscheidung in Gruppen, die dazugehören, und andere, die nicht dazugehören, stehen diesem Ziel im Weg. Wir setzen uns ein für eine Solidarische Stadt, die den Aufenthaltsstatus ihrer Bewohner*innen aktiv ignoriert und sich gegen Ausschaffungen zur Wehr setzt.

ÜBERWINDUNG DER DOMINANZKULTUR UND TEILHABE AUF AUGENHÖHE FÜR ALLE

Neben der Aufenthaltssicherheit beinhaltet eine Solidarische Stadt für uns den Zugang zu Wohnraum, Arbeit und Bildung und die Gewährung sämtlicher Grundrechte für alle – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Wir fordern darüber hinaus eine Anerkennung von Migration als gesellschaftliche Realität und eine Demontage der bestehenden Dominanzkultur, welche uns durch strukturellen Rassismus in «Einheimische» und «Fremde» einteilt. Nicht nur im Rassismus, sondern auch in der Marginalisierung durch Armut und in der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder Sexualität zeigen sich Machtstrukturen, die Mitglieder unserer Gesellschaft daran hindern, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Um diese Machtstrukturen zu überwinden, müssen wir sie zuerst sichtbar machen, um sie anschliessend durch eine Teilhabe auf Augenhöhe für alle zu ersetzen.

DEMOKRATISIERUNG DER DEMOKRATIE UND EIN SOLIDARISCHES WIR

Eine Teilhabe auf Augenhöhe bedeutet in erster Linie, dass es zwischen den Stadtbewohner*innen kein strukturelles Machtgefälle gibt. Die Augenhöhe weist zudem auf ein zwischenmenschliches Verhältnis hin und damit auf etwas Gemeinsames. Worin dieses Gemeinsame besteht, an dem wir alle teilhaben, ist Sache eines ständigen Aushandlungsprozesses. Damit dieser gelingen kann, brauchen wir eine Demokratisierung der Demokratie anstelle eines Auslaufmodells, in dem die Privilegierten und Mächtigen über das Schicksal der Ausgeschlossenen entscheiden. Eine Demokratie auf Augenhöhe verlangt nach Räumen der Begegnung, nach einem Stimm- und Wahlrecht für alle Stadtbewohner*innen und nach echter Mitsprache anstelle von partizipativen Verfahren, die lediglich Teilhabe inszenieren. Darüber hinaus müssen wir Solidarität als ein Wir begreifen, das über die eigene Familie, Herkunft, Klasse, sexuelle Orientierung oder das eigene Geschlecht hinausgeht. Bei dieser Solidarität geht es um ein gemeinschaftliches Wir, das für die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit aller einsteht und auch an der Stadtgrenze nicht Halt macht, denn: Wir alle sind Bern.

Dieses Manifest wurde im Rahmen eines Stadtforums von «Wir alle sind Bern» erarbeitet und im November 2017 im Vorfeld zur Tour de Lorraine fertiggestellt. Die Autor*innenschaft deklariert damit ihr Engagement für eine solidarische Stadt Bern.

Wer Teil dieses Netzwerks sein möchte, sich auf der Plattform einbringen möchte, oder einfach den Grundgedanken einer solidarischen Stadt Bern unterstützen möchte, **unter**zeichnet das Manifest hier: wirallesindbern.ch/manifest